

Monatsbericht des BMF April 2013





Monatsbericht des BMF April 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Deutsches Stabilitätsprogramm 2013	6
Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement	14
Zollbilanz 2012	19
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	25
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	25
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2013	31
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013	34
Entwicklung der Länderhaushalte im Januar und Februar 2013	38
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	39
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	46
Statistiken und Dokumentationen	48
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	50
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	82
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	94

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Ausdauer und Beharrlichkeit verfolgt die Bundesregierung das Ziel einer glaubwürdigen, stetigen und wachstumsfreundlichen Finanzpolitik. Das Stabilitätsprogramm 2013, das vergangene Woche im Kabinett verabschiedet wurde, unterstreicht: Sämtliche nationalen, europäischen und internationalen Schulden- und Konsolidierungsregeln werden eingehalten. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwächephase können die automatischen Stabilisatoren wirken, ohne die Einhaltung der Maastricht-Defizitgrenze zu gefährden. Dies zeigt: Deutschland wird seiner Verantwortung als Stabilitätsanker des Euroraums gerecht.

2012 wurde erstmals seit der deutschen Einheit gesamtstaatlich ein struktureller Überschuss erzielt und das im Fiskalvertrag festgeschriebene mittelfristige Haushaltsziel mit deutlichem Abstand eingehalten. Auf der Grundlage der aktuellen Prognosen wird dies auch im Jahr 2013 und in den Jahren danach so bleiben. Deutschland plant im gesamten Projektionszeitraum bis 2017 dauerhaft strukturelle Überschüsse und wird somit den im Jahr 2012 erzielten Erfolg fortsetzen.

Die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung ermöglicht jetzt eine deutliche Rückführung der Schuldenquote.



Hierfür wird der Bund die gute Haushaltslage konsequent nutzen. In diesem Jahr wird der Schuldenstand noch bei rund 80 ½% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen, bis zum Ende des Programmhorizonts 2017 wird er dann voraussichtlich auf rund 69% des BIP sinken.

Die Bundesregierung ist davon überzeugt: Solide öffentliche Finanzen sind eine wesentliche Grundlage für einen handlungsfähigen Staat. Sie gehen Hand in Hand mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur und dauerhaft günstigen Wachstumsbedingungen.

Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Nach der konjunkturellen Abschwächung zum Ende des vergangenen Jahres dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im 1. Quartal 2013 wieder stabilisiert haben.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich nach wie vor in einer guten Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich fort. Im März kam es zu einem witterungsbedingten leichten Anstieg der Arbeitslosenzahl.
- Die Preisniveauentwicklung verlief im 1. Quartal 2013 in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland überschritt im März das Vorjahresniveau um 1,4 %. Dies ist die niedrigste Teuerungsrate seit Dezember 2010.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2013 im Vorjahresvergleich um 5,7 % gestiegen. Insbesondere verzeichneten die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Ländersteuern einen erheblichen Zuwachs. Alle Ebenen konnten für den Zeitraum Januar bis März das Vorjahresniveau des gesamten Steueraufkommens übertreffen.
- Bis einschließlich März entwickelten sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahreszeitraum weiterhin positiv (Einnahmen + 3,1%, Ausgaben - 3,5%). Eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf lässt sich jedoch weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo (+ 19,3 Mrd. €) ableiten.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,27 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,21 %.

Europa

- Auf Einladung der irischen Ratspräsidentschaft trafen sich am 12. April 2013 die Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe in Dublin. Das weitere Vorgehen bei den Programmländern, beim Programmantrag Zyperns sowie bei der Errichtung eines Instruments zur direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stand im Vordergrund der Gespräche.
- Anschließend fand der informelle ECOFIN-Rat, das informelle Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der EU, statt. Das einmal pro Halbjahr stattfindende informelle Treffen diente den Ministern insbesondere zum Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage und die Finanzstabilität, den einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus, die weitere Ausgestaltung der Bankenunion sowie über aktuelle Steuerfragen.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

Deutsches Stabilitätsprogramm 2013

Wachstumsfreundliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ermöglicht den Einstieg in dauerhafte strukturelle Überschüsse

- Im Jahr 2012 konnte in Deutschland erstmals seit der deutschen Einheit gesamtstaatlich ein struktureller Überschuss erzielt werden. Der strukturelle, also um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigte Finanzierungssaldo des Gesamtstaates belief sich auf +0,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch in den Folgejahren werden auf der Grundlage der aktuellen Projektionen bis 2017 positive strukturelle Finanzierungssalden erzielt. Deutschland plant somit erstmals dauerhaft strukturelle Überschüsse.
- Die gute Entwicklung der öffentlichen Haushalte ermöglicht jetzt eine deutliche Rückführung der Schuldenquote. Der Schuldenstand, der in diesem Jahr bei rund 80½% des BIP liegen wird, sinkt bis zum Ende des Programmhorizonts 2017 auf rund 69 %.
- Deutschland setzt auf wachstumsfreundliche Konsolidierung. Solide öffentliche Finanzen sind eine wesentliche Grundlage für einen handlungsfähigen Staat und dauerhaft günstige Wachstumsbedingungen. Konsolidierungsfortschritte und robuste wirtschaftliche Entwicklung gehen Hand in Hand.

1	Bundesregierung legt Aktualisierung 2013 des Stabilitätsprogramms vor	6
2	Konsolidierungsfortschritte der vergangenen Jahre	7
2.1	Öffentliche Haushalte weisen Überschuss auf	8
2.2	Schuldenstand ist krisenbedingt angestiegen	8
2.3	Der Bund hält die Vorgaben der Schuldenregel vorzeitig ein und setzt zugleich Prioritäten für	
	Zukunftsfelder	8
2.4	Staatsquote geht zurück	9
2.5	Wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich günstig auf Steuereinnahmen aus	9
3	Ausblick auf die Entwicklung der kommenden Jahre	.10
3.1	Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in den nächsten Jahren ausgeglichen oder im Überschuss.	.11
3.2	Struktureller Finanzierungssaldo dauerhaft im Überschuss	.11
3.3	Schuldenstandsquote sinkt in den kommenden Jahren deutlich	.12
4	Fazit	.13

1 Bundesregierung legt Aktualisierung 2013 des Stabilitätsprogramms vor

Die Mitgliedstaaten des Euroraums legen jährlich im April Stabilitätsprogramme vor, in denen sie über die Einhaltung der fiskalpolitischen Vorgaben Bericht erstatten und ihre finanzpolitische Planung darlegen. EU-Mitglieder, die nicht dem Euroraum angehören, erstellen sogenannte Konvergenzprogramme mit ähnlichem Inhalt. Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 17. April 2013 vom Bundeskabinett gebilligt.

Seine finanzpolitischen Ziele hat Deutschland in vollem Umfang eingehalten und zum Teil sogar deutlich übertroffen. Dabei ging die deutliche Verbesserung der finanzpolitischen Situation einher mit einer robusten

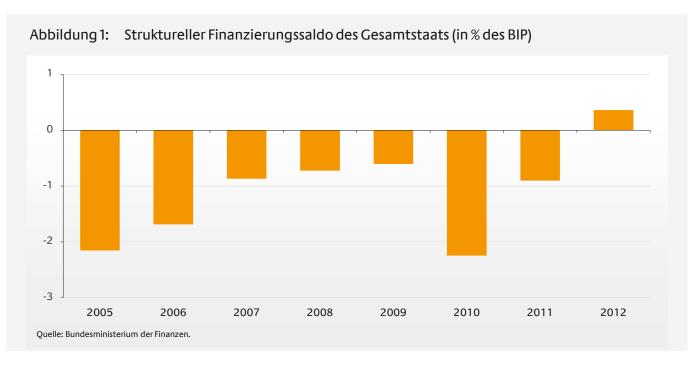
DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

wirtschaftlichen Entwicklung und einer sehr guten Arbeitsmarktlage. Die Entwicklung in Deutschland zeigt, dass Konsolidierung und gesamtwirtschaftlicher Erfolg Hand in Hand gehen. Die Einkommen steigen in Deutschland so stark wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre im Boom der deutschen Einheit. In den vergangenen drei Jahren nahmen die verfügbaren Einkommen um durchschnittlich rund 3% pro Jahr und damit stärker zu als das Niveau der Verbraucherpreise, sodass sich die Realeinkommen der privaten Haushalte erhöht haben. Trotz einer gedämpften konjunkturellen Entwicklung dürften die verfügbaren Einkommen auch in diesem Jahr wiederum stärker als der Verbraucherpreisindex zunehmen. Im Vergleich zum Jahr 2009 ist die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 1 Million Personen angestiegen. Im Jahr 2012 wurde mit jahresdurchschnittlich 41,6 Millionen erwerbstätigen Personen der höchste Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Das Vertrauen in eine solide Finanzpolitik hat auch die Zinsausgaben deutlich gedrückt. Der Bund zahlt in diesem Jahr rund 8,5 Mrd. € weniger an Zinsen als 2008, trotz eines krisenbedingt höheren Schuldenstands.

Durch die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre hat Deutschland seine öffentlichen Finanzen wieder ins Lot gebracht und im vergangenen Jahr gesamtstaatlich einen strukturellen Überschuss erreicht. Auch der Bundeshaushalt hat sich strukturell deutlich verbessert und die Vorgaben der Schuldenregel sogar übertroffen (siehe auch Abschnitt 2). Mit der geplanten Ausrichtung der Finanzpolitik, wie sie im Stabilitätsprogramm niedergelegt ist, wird Deutschland in den kommenden Jahren alle europäischen Vorgaben mit deutlichem Sicherheitsabstand einhalten (siehe auch Abschnitt 3).

2 Konsolidierungsfortschritte der vergangenen Jahre

Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass sich Wirtschaftswachstum und Haushaltskonsolidierung erfolgreich miteinander verknüpfen lassen.
Wirtschaftsleistung und Beschäftigung stiegen deutlich, die Arbeitslosigkeit ging zurück.
Zugleich hat Deutschland große Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erzielt. Die Entwicklung der



DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

vergangenen Jahre lässt sich anhand von fünf Kernaussagen verdeutlichen:

2.1 Öffentliche Haushalte weisen Überschuss auf

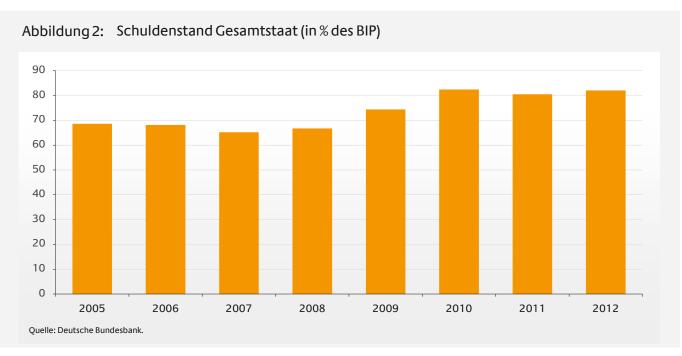
Im vergangenen Jahr erzielte Deutschland erstmals seit der deutschen Einheit gesamtstaatlich einen strukturellen Überschuss. Die Verwendung von strukturellen Größen ermöglicht es, ein genaueres Bild der Haushaltslage ohne konjunkturelle Einflüsse und ohne Einmaleffekte zu zeichnen. Abbildung 1 zeigt. dass in den Vorkrisenjahren ab 2005 bereits ein rückläufiger Trend beim strukturellen Finanzierungssaldo zu verzeichnen war. Erst im Jahr 2010 kam es dann zu einem krisenbedingten Anstieg. Seit dem Jahr 2010 hat sich der Finanzierungssaldo in vergleichsweise kurzer Zeit sehr deutlich verbessert und belief sich im Jahr 2012 auf +0,4% des BIP.

2.2 Schuldenstand ist krisenbedingt angestiegen

In den Jahren vor der Krise war die Schuldenstandsquote zurückgegangen (siehe Abbildung 2). So fiel der Schuldenstand im Jahr 2007 auf einen Wert von 65,2% in Relation zum BIP. In den Jahren 2008 bis 2010 war jedoch aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Nach einem Rückgang im Jahr 2011 stieg die Schuldenstandsquote im vergangenen Jahr um 1,5 Prozentpunkte auf 81,9% des BIP. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise (vergleiche Abschnitt 3.3).

2.3 Der Bund hält die Vorgaben der Schuldenregel vorzeitig ein und setzt zugleich Prioritäten für Zukunftsfelder

Die Entwicklung des Bundeshaushalts verlief in den vergangenen Jahren insgesamt positiv. Nachdem das Jahr 2010 noch von den Auswirkungen der Finanzund Wirtschaftskrise geprägt war, erfolgte ab dem Jahr 2011 die Rückkehr zum Konsolidierungspfad mit einem deutlichen Defizitabbau. Die strukturelle Nettokreditaufnahme, die zugleich Maßstab für die Einhaltung der grundgesetzlichen



DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

Schuldenregel ist, ging seit dem Jahr 2010 deutlich zurück (siehe Abbildung 3). Im vergangenen Jahr lag sie bereits bei nur noch 0,31% des BIP. Damit hält die Bundesregierung vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben die dauerhaft geltende Obergrenze der Schuldenregel in Höhe von 0,35% des BIP ein.

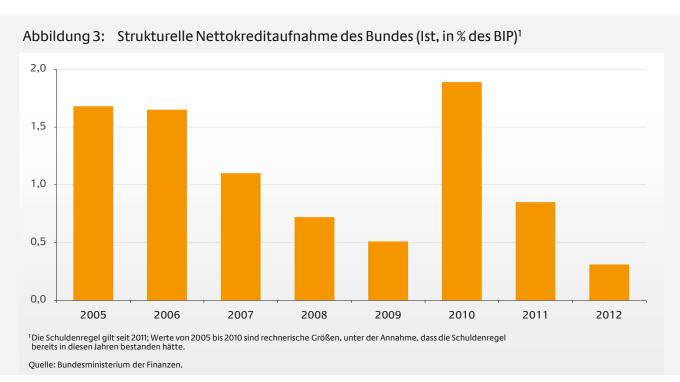
Gleichzeitig setzt der Bund bei den Ausgaben gezielt Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Bildung, Forschung und Infrastruktur. Das Ziel, in dieser Legislaturperiode 12 Mrd. € zusätzlich für Bildung und Forschung zu investieren, wird mit bislang über 13 Mrd. € sogar übertroffen. Auch eine hochwertige Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortvorteil, der von großer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist. Daher werden mit dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II ab dem Jahr 2013 zusätzlich insgesamt 750 Mio. € für Investitionen in die Bundesverkehrswege, überwiegend für Neu- und Ausbauprojekte, bereitgestellt.

2.4 Staatsquote geht zurück

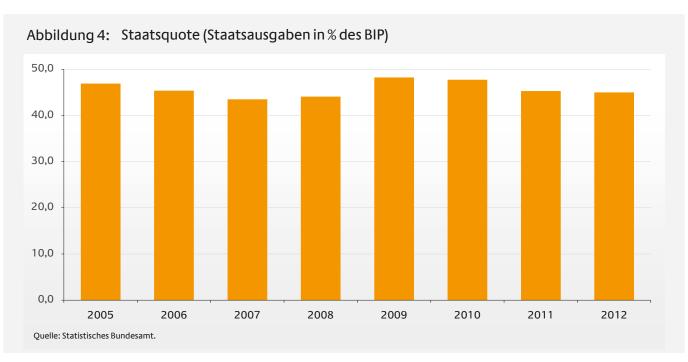
Der Anstieg der staatlichen Ausgaben liegt seit 2010 deutlich unterhalb der Zuwachsrate des nominalen BIP. Die Staatsquote – also die Höhe der staatlichen Ausgaben in Relation zum BIP – ging daher seit dem krisenbedingten Höchststand im Jahr 2009 kontinuierlich zurück (siehe Abbildung 4).

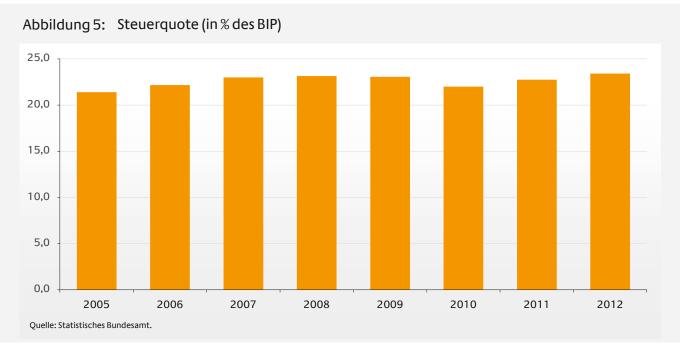
2.5 Wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich günstig auf Steuereinnahmen aus

Die Steuerquote – also die Höhe der Steuereinnahmen in Relation zum BIP – ist in den vergangenen Jahren leicht angestiegen (siehe Abbildung 5). Dies spiegelt die wachstumsfreundlicheren Rahmenbedingungen sowie die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wider. So war 2012 im zweiten Jahr in Folge ein sehr dynamischer Anstieg der Steuereinnahmen auf einen Rekordwert von insgesamt rund 619 Mrd. € zu verzeichnen.



DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013





3 Ausblick auf die Entwicklung der kommenden Jahre

Durch die erfolgreiche Konsolidierung und günstige konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre befinden sich die öffentlichen Haushalte in Deutschland heute in einer außergewöhnlich guten Ausgangsposition. Sie bildet die Grundlage für eine positive Fortentwicklung in den kommenden Jahren, die sich sowohl in der Entwicklung des tatsächlichen und des strukturellen Finanzierungssaldos als auch im prognostizierten Verlauf der Schuldenstandsquote zeigt.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

3.1 Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in den nächsten Jahren ausgeglichen oder im Überschuss

Im vergangenen Jahr konnte gesamtstaatlich, d. h. unter Einbezug von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung, ein Überschuss von 0,2 % des BIP erreicht werden. Dadurch waren zum einen Entlastungen wie die Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer leichter möglich. Zum anderen besteht ein deutlicher Sicherheitsabstand zum Maastricht-Referenzwert einer Defizitquote von 3%, sodass angesichts der konjunkturellen Abschwächung in diesem Jahr die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken können. Dies bedeutet, dass konjunkturell bedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen hingenommen werden können, ohne dass die Gefahr besteht, den Maastricht-Referenzwert zu überschreiten. Daher kommt es in diesem Jahr zu einem leichten Defizit von knapp ½ % des BIP. Die stabile Einnahmenquote und die weiterhin rückläufige Staatsquote zusammen mit einer dynamischeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führen jedoch in den Folgejahren wieder zu einer stetigen Verbesserung des Finanzierungssaldos. Im nächsten Jahr dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ausgeglichen sein und ab 2016 sogar einen Überschuss von rund ½ % des BIP aufweisen (vergleiche Tabelle 1).

3.2 Struktureller Finanzierungssaldo dauerhaft im Überschuss

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in Höhe von +0,2 % des BIP im vergangenen Jahr ging einher mit einem noch etwas höher liegenden strukturellen Überschuss von 0,4 % des BIP. Diese gute strukturelle Position kann Deutschland auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten. Bis 2017 wird Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel einer strukturellen Defizitquote von maximal 0,5 % mit deutlichem Sicherheitsabstand einhalten. Ab nächstem Jahr wird der strukturelle Finanzierungssaldo einen Überschuss von rund ½ % des BIP aufweisen.

Im gesamten Projektionszeitraum tragen Bund und Länder mit der Fortsetzung ihrer Konsolidierung sowie die Gemeinden insgesamt mit sogar noch leicht steigenden Überschüssen zur schrittweisen Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bei. Bei der Verbesserung auf Bundesebene spielt auch die mit dem Eckwertebeschluss geplante Umsetzung eines strukturell ausgeglichenen beziehungsweise sogar einen strukturellen Überschuss aufweisenden Kernhaushalts ab 2014 eine bedeutende Rolle. Danach hält die Bundesregierung einen deutlichen Sicherheitsabstand zur ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze im Rahmen der Schuldenregel ein (strukturelle Neuverschuldung von maximal 0,35 % des BIP). So wird der Bund im kommenden Jahr

Tabelle 1: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	in % des BIP						
Projektion April 2013	0,2	-1/2	0	0	1/2	1/2	
Projektion April 2012	-1	- 1/2	0	0	0	-	

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stabilitätsprogramm 2013.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013

Tabelle 2: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zur Entwicklung des BIP

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,4	0	1/2	1/2	1/2	1/2
Tatsächlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,2	-1/2	0	0	1/2	1/2
Reales BIP (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)	0,7	0,4	1,6	1,4	1,4	1,4

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stabilitätsprogramm 2013.

erneut maßgeblich zur Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos beitragen, 2017 wird er sogar einen ähnlich hohen Überschuss wie die Gemeinden aufweisen. Auch die Länder werden ab 2016 zusammengenommen einen positiven Finanzierungssaldo erzielen.

3.3 Schuldenstandsquote sinkt in den kommenden Jahren deutlich

Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 ist die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung im vergangenen Jahr um 1,5 Prozentpunkte auf 81,9 % des BIP gestiegen. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise. Im laufenden Jahr wird die Schuldenstandsquote voraussichtlich auf 80 ½ % sinken. Während die europäische Staatsschuldenkrise auch 2013 für sich genommen die Schuldenstandsquote um etwa ½ Prozentpunkt erhöht, kann mit einem Rückgang des Finanzmarktkriseneffekts um rund 1½ Prozentpunkte gerechnet werden. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie der fortgesetzte Portfolioabbau bei den Abwicklungsanstalten führen auch mittelfristig zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf rund 69 % im Jahr 2017 (vergleiche Tabelle 3).

Abbildung 6 verdeutlicht die Effekte der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise auf die Entwicklung der Maastricht-Schuldenstandsquote. Insbesondere seit 2010 ist die Schuldenstandsquote von den Maßnahmen zur Abwehr der Finanzkrise beeinflusst. Die Rückführung dieser Maßnahmen trägt maßgeblich zum Rückgang der Schuldenstandsquote bis 2017 bei. Zwar lassen die im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise ergriffenen Maßnahmen für sich genommen den Schuldenstand ansteigen, ab dem laufenden Jahr werden diese Auswirkungen aber von den schuldenstandsmindernden Effekten überkompensiert. Die Entwicklung einer um Kriseneffekte bereinigten Schuldenstandsquote zeigt aufgrund der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie seit 2009 einen klaren Abwärtstrend, der sich ab 2014

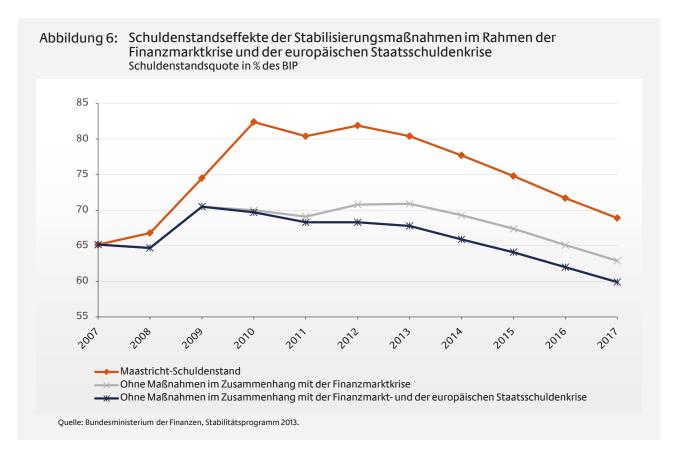
Tabelle 3: Entwicklung der Schuldenstandsquote

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Schuldenstand des Staates in % des BIP					
Projektion April 2013	81,9	80 1/2	77 1/2	75	71 1/2	69
Projektion April 2012	82	80	78	76	73	-

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf halbe Prozent des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stabilitätsprogramm 2013.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2013



deutlich verstärkt, sodass die bereinigte Quote bereits 2017 wieder unter dem Maastricht-Referenzwert von $60\,\%$ liegen wird.

4 Fazit

Deutschland hat in den vergangenen
Jahren erhebliche Fortschritte bei der
Konsolidierung seiner öffentlichen
Haushalte erzielt. Nachdem die Jahre 2009
und 2010 noch von den Auswirkungen
der Finanz- und Wirtschaftskrise und der
Stimulierungsmaßnahmen auf die Haushalte
geprägt waren, zeigte die Rückkehr zum
Konsolidierungspfad mit dem Jahr 2011
unmittelbar deutliche Erfolge. Im Jahr 2012
konnte in Deutschland erstmals seit
der deutschen Einheit gesamtstaatlich
ein struktureller Überschuss erzielt
werden. Auch der Bundeshaushalt hat

sich strukturell deutlich verbessert. Die strukturelle Nettokreditaufnahme lag 2012 bei nur noch 0,31% des BIP. Damit ist es der Bundesregierung vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben gelungen, die dauerhaft geltende Obergrenze einzuhalten. Diese positive Entwicklung wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Deutschland wird bis 2017 sein mittelfristiges Haushaltsziel einer strukturellen Defizitquote von maximal 0,5 % mit deutlichem Sicherheitsabstand einhalten und plant erstmals dauerhaft strukturelle Überschüsse. Auch die Schuldenstandsquote, die seit 2008 infolge der Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise einen deutlichen Anstieg verzeichnete, wird bis zum Ende des Programmhorizonts im Jahr 2017 spürbar auf voraussichtlich unter 70 % zurückgehen.

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes schafft Rechtssicherheit, baut Bürokratie ab und flexibilisiert die Finanzplanung gemeinnütziger Organisationen

- Die steuerfreien Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen werden auf 2 400 € beziehungsweise
 720 € angehoben.
- Die sogenannte vorläufige Bescheinigung wird durch einen Feststellungsbescheid zur Satzung abgelöst.
- Die Mittelverwendung wird in zeitlicher und tatsächlicher Hinsicht flexibilisiert.
- Die Haftung für ehrenamtlich Tätige wird im Bereich der Spendenhaftung so entschärft, dass künftig nur vorsätzlich oder grob fahrlässig zweckwidrige Verwendung von Spendengeldern sanktioniert werden soll.

1	Einleitung	14
2	Änderungen des Einkommensteuerrechts	
2.1	Anhebung der Freibeträge nach § 3 Nummer 26 und § 3 Nummer 26a EStG	
2.2	Spenden in den Vermögensstock einer Stiftung	15
2.3	Berechnung der Zuwendungshöhe bei Sachspenden	15
2.4	Entschärfung der Haftung bei zweckwidriger Verwendung von Spenden	15
3	Änderungen der Abgabenordnung	15
3.1	Nachweiserleichterungen bei mildtätigen Körperschaften	15
3.2	Ausdehnung der Mittelverwendungsfrist	16
3.3	Lockerung des sogenannten "Endowmentverbots"	16
3.4	Feststellungsbescheid über die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	16
3.5	Neukonzipierung der Vorschriften zu Rücklagen und Vermögensbildung	17
3.6	Ausstellen von Zuwendungsbestätigungen	18
3.7	Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen	18
4	Fazit	18

1 Einleitung

Gemeinnützige Organisationen erhalten eine umfangreiche Steuerbefreiung. Allerdings müssen sie dafür auch eine Vielzahl von gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Insbesondere die Verwendung der Mittel dieser Organisationen unterliegt strengen gesetzlichen Vorgaben. Es bestehen darüber hinaus auch zahlreiche Nachweispflichten, da die Steuerverwaltung nur so überprüfen kann, ob die Organisation sich auch tatsächlich an die gesetzlichen Vorgaben hält und die Steuerbefreiung auch zu Recht besteht.

¹Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts ist seit dem 28. März 2013 im Bundesgesetzblatt (BGBl.) Teil I auf Seite 556 veröffentlicht.

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

Durch das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 556) wurden im Bereich des Einkommensteuerrechts und der Abgabenordnung (AO) zahlreiche Änderungen vorgenommen. Unter den Gesichtspunkten der Schaffung von Rechtssicherheit und Abbau von bürokratischen Hemmnissen wurden zahlreiche Vorschriften verändert. Ziel dieser Änderungen ist es, klarere rechtliche Handlungsvorgaben zu schaffen sowie an geeigneten Stellen Nachweiserleichterungen einzuräumen und die Mittelverwendung zu flexibilisieren.

2 Änderungen des Einkommensteuerrechts

2.1 Anhebung der Freibeträge nach § 3 Nummer 26 und § 3 Nummer 26a EStG

Einnahmen aus einer nebenberuflichen
Tätigkeit können nach § 3 Nummer 26 oder
§ 3 Nummer 26a Einkommensteuergesetz
(EStG) steuerfrei sein, wenn die darin
genannten Voraussetzungen erfüllt sind.
Einnahmen aus den in § 3 Nummer 26 EStG
genannten Tätigkeitsbereichen (z. B.
Übungsleiter, Erzieher etc.) sind zukünftig
bis zu einer Höhe von jährlich 2 400 € –
bisher 2 100 € – steuerfrei. Für die übrigen
Tätigkeitsbereiche (z. B. Platzwarte,
Schiedsrichter etc.) kann der Steuerfreibetrag
nach § 3 Nummer 26a EStG in Anspruch
genommen werden. Dieser wurde von 500 €
auf nun 720 € angehoben.

2.2 Spenden in den Vermögensstock einer Stiftung

Gesetzlich klargestellt wurde, dass nur Spenden in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung im Rahmen des privilegierten Spendenabzuges nach § 10b Absatz 1a EStG geltend gemacht werden können. Da Verbrauchsstiftungen typischerweise über einen solchen zu erhaltenden Vermögensstock nicht verfügen, können Spenden, die für das Vermögen einer Verbrauchsstiftung bestimmt sind, nur nach § 10b Absatz 1 EStG abgezogen werden.

Spenden zusammen veranlagte Ehegatten in das zu erhaltende Vermögen einer Stiftung, gilt für sie automatisch ein Gesamtbetrag von 2 Mio. €. Auf den Nachweis, dass formal wirklich beide Ehegatten gespendet haben, kann nun verzichtet werden.

2.3 Berechnung der Zuwendungshöhe bei Sachspenden

Wird ein Wirtschaftsgut gespendet und wurde dieses zuvor aus dem Betriebsvermögen entnommen, so bemisst sich die Höhe der Zuwendung nach dem bei der Entnahme angesetzten Wert. Klargestellt wird nun, dass bei der Berechnung der Zuwendungshöhe auch die Umsatzsteuer zu berücksichtigen ist, die bei dieser Entnahme angefallen ist.

2.4 Entschärfung der Haftung bei zweckwidriger Verwendung von Spenden

Die Haftungsvorschrift des § 10b Absatz 4 Satz 2 EStG wurde entschärft. Vor der gesetzlichen Änderung war dies eine reine Veranlasserhaftung: Wer die zweckwidrige Verwendung der Gelder veranlasste, haftete für die entgangene Steuer. Auf die Frage der Fahrlässigkeit oder des Vorsatzes kam es dabei nicht an. Künftig soll nur derjenige haften, der die zweckwidrige Verwendung vorsätzlich oder grob fahrlässig veranlasst hat.

3 Änderungen der Abgabenordnung

3.1 Nachweiserleichterungen bei mildtätigen Körperschaften

Mildtätige Körperschaften müssen die wirtschaftliche Hilfebedürftigkeit nach § 53 Nummer 2 AO der unterstützten Personen nachweisen. Dazu muss die Körperschaft die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der begünstigten Personen feststellen.

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

Bei Beziehern bestimmter Sozialleistungen ist das Überprüfen der finanziellen Situation nicht notwendig, da diese bereits anlässlich der Gewährung der Sozialleistung überprüft wurden. Bezieht die unterstützte Person Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, dem Wohngeldgesetz, nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes oder nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes, genügt als Nachweis der Leistungsbescheid oder die Bestätigung des Leistungsträgers über den Leistungsbezug.

Ist aufgrund der besonderen Art der Hilfeleistung sichergestellt, dass die Unterstützungsleistungen mildtätiger Körperschaften schon in der Sache nur an wirtschaftlich hilfebedürftige Personen erbracht werden, dann kann diese Körperschaft auf Antrag von der Nachweispflicht befreit werden. Die Körperschaft muss dann die Nachweise über die wirtschaftliche Hilfebedürftigkeit der von ihr unterstützten Personen nicht mehr vorhalten.

3.2 Ausdehnung der Mittelverwendungsfrist

Steuerbegünstigte Körperschaften müssen ihre Mittel innerhalb der Frist des § 55 Absatz 1 Nummer 5 Satz 3 AO für ihre steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke verwenden. Die Mittel mussten also spätestens bis zum Ende des Jahres verwendet werden, das auf das Jahr des Zuflusses der Mittel folgt.

Diese Frist wurde um ein weiteres Jahr verlängert: Zukünftig sind die Mittel nun bis zum Ende der auf das Zuflussjahr folgenden zwei Kalender- oder Wirtschaftsjahre zu verwenden. Dadurch wird die Finanzplanung der steuerbegünstigten Organisationen flexibilisiert. Sollte eine Organisation aufgrund einer hohen Zuwendung oder eines ungewöhnlich hohen Gewinns aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb über einen größeren Betrag an zeitnah zu verwendenden

Mitteln verfügen, so wird mit der Ausdehnung des Zeitraums der Mittelverwendung der Handlungsdruck verringert, der auf diesen Organisation lastet.

3.3 Lockerung des sogenannten "Endowmentverbots"

Die Ausstattung einer anderen Körperschaft mit Vermögen war steuerbegünstigten Körperschaften bisher nur in begrenztem Umfang möglich. Mit Einführung des § 58 Nummer 3 AO wird ab 2014 eine Möglichkeit geschaffen, andere steuerbegünstigte Körperschaften mit Vermögen auszustatten. Dies soll vor allem die Schaffung von Stiftungslehrstühlen an Universitäten erleichtern.

Voraussetzung für die Mittelweitergabe ist, dass die Mittel und die Erträge daraus nur für die satzungsmäßigen, steuerbegünstigten Zwecke eingesetzt werden, die auch die weitergebende Körperschaft verfolgt. Weitergabefähig sind für die Körperschaft die Überschüsse aus ihrer Vermögensverwaltung und ihre Gewinne aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben sowie 15 % ihrer zeitnah zu verwendenden Mittel.

Die weitergegebenen Mittel und die Erträge daraus dürfen allerdings nicht nach § 58 Nummer 3 AO weitergegeben werden. Dieses Verbot von "Kettenweitergaben" soll sicherstellen, dass Mittel, die an sich zeitnah zu verwenden sind, nicht von Körperschaft zu Körperschaft weitergegeben werden, sondern ihrem eigentlichen Bestimmungszweck zugeführt werden.

3.4 Feststellungsbescheid über die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen

Strebt eine bestehende oder neu gegründete Körperschaft die Steuerbegünstigung nach § 5 Absatz 1 Nummer 9 KStG an, dann wurde bisher eine vorläufige Bescheinigung

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

ausgestellt, wenn die Satzung der Körperschaft den gesetzlichen Anforderungen genügte. Diese vorläufige Bescheinigung ist kein Verwaltungsakt, und das Finanzamt war bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer nicht an den Inhalt der vorläufigen Bescheinigung gebunden.

Um größere Rechtssicherheit zu schaffen, ist dieses Verfahren durch ein Feststellungsverfahren abgelöst worden. Erfüllt die Satzung einer Körperschaft die Voraussetzungen der §§ 51, 59, 60 und 61 AO, dann wird dies zukünftig nach § 60a AO festgestellt. Diese Feststellung erfolgt entweder auf Antrag der Körperschaft oder bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer von Amts wegen, wenn noch kein Bescheid nach § 60a AO ergangen ist.

Der Feststellungsbescheid entfaltet Bindungswirkung sowohl für die Besteuerung der Körperschaft als auch für die Besteuerung der Spender. Die Bindungswirkung entfällt nur dann, wenn die Rechtsvorschriften, auf denen die Feststellung beruht, aufgehoben oder geändert werden (§ 60a Absatz 3 AO). Treten für die Feststellung erhebliche Änderungen in den tatsächlichen Verhältnissen ein, dann ist die Feststellung ab diesem Zeitpunkt aufzuheben (§ 60a Absatz 4 AO).

Materielle Fehler der Feststellung können nach § 60a Absatz 5 AO korrigiert werden. Die Aufhebung der Feststellung erfolgt dann mit Wirkung ab dem Kalenderjahr, das auf die Bekanntgabe der Aufhebung folgt. § 176 AO gilt dafür entsprechend, es sei denn, es sind Kalenderjahre zu ändern, die nach der Verkündung der maßgeblichen Entscheidung des obersten Gerichtshofes des Bundes beginnen.

3.5 Neukonzipierung der Vorschriften zu Rücklagen und Vermögensbildung

Die Regelungen zu den Rücklagen und der Vermögensbildung wurden in § 62 AO neu gefasst. Die Rücklage nach § 58 Nummer 6 AO a. F. wurde inhaltsgleich nach § 62 Absatz 1 Nummer 1 AO übernommen.

In § 62 Absatz 1 Nummer 2 AO wurde die sogenannte "Wiederbeschaffungsrücklage" erstmals in das Gesetz aufgenommen. Ist die Wiederbeschaffung eines Wirtschaftsgutes, z. B. eines Pkws, beabsichtigt und zur Zweckverwirklichung erforderlich, dann kann dafür eine Rücklage gebildet werden. Die Höhe der Zuführungen bemisst sich dabei nach der Höhe der regulären Absetzungen für Abnutzung des zu ersetzenden Wirtschaftsgutes. Sollen höhere Beträge der Rücklage zugeführt werden, dann ist die Notwendigkeit hierfür nachzuweisen.

Die sogenannte freie Rücklage nach § 58 Nummer 7 Buchstabe a AO a. F. wurde in § 62 Absatz 1 Nummer 3 AO neu geregelt. Zukünftig ist es möglich, dass das nicht ausgeschöpfte Volumen der Mittel, das in die freie Rücklage hätte eingestellt werden können, in den beiden Folgejahren noch ausgenutzt werden kann.

Die Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten nach § 58 Nummer 7 Buchstabe b AO a. F. wurde in § 62 AO übernommen. Die Regelung zur Verwendung von Mitteln zum Erwerb dieser Rechte verbleibt weiterhin in § 58 AO und wurde in § 58 Nummer 10 AO n. F. neu gefasst. Inhaltliche Änderungen der bisherigen Regelung sind damit nicht verbunden.

Um größere Rechtssicherheit im Bereich der Bildung und Auflösung von Rücklagen zu schaffen, wurde in § 62 Absatz 2 AO erstmals gesetzlich geregelt, bis wann die Rücklagen nach § 62 Absatz 1 AO zu bilden und ab wann sie wieder aufzulösen sind: Rücklagen sind demnach in der Frist des § 55 Absatz 1 Nummer 5 Satz 3 AO zu bilden. Entfällt der Grund für die Bildung einer Rücklage nach § 62 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 4 AO, so sind diese unverzüglich aufzulösen. Die dadurch freigewordenen Mittel sind innerhalb der Frist des § 55 Absatz 1 Nummer 5 Satz 3 AO zu verwenden.

Das Ehrenamtsstärkungsgesetz – Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement

Die Vorschriften zur Vermögensbildung in § 62 Absatz 3 AO wurden unverändert aus § 58 Nummer 11 AO a. F. übernommen. Die Vorschrift des § 58 Nummer 12 AO a. F. findet sich nun in § 62 Absatz 4 AO wieder. Der Zeitraum, in dem eine Stiftung ihre Überschüsse aus der Vermögensverwaltung und die Gewinne der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe ihrem Vermögen zuführen kann, wurde dabei um ein weiteres Jahr ausgedehnt. Dies ist nun möglich im Jahr der Errichtung sowie in den drei folgenden Kalenderjahren.

Diese Vorschrift tritt erst 2014 in Kraft.

3.6 Ausstellen von Zuwendungsbestätigungen

Zuwendungsbestätigungen dürfen zukünftig nur dann ausgestellt werden, wenn die Voraussetzungen des § 63 Absatz 5 AO vorliegen. Die Erlaubnis wird an die Erteilung eines Feststellungsbescheides nach § 60a Absatz 1 AO, eines Freistellungsbescheides oder eine Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid geknüpft. Ist der Bescheid nach § 60a AO älter als drei Jahre oder ist der Freistellungsbescheid beziehungsweise sind die Anlagen zum Körperschaftsteuerbescheid älter als fünf Jahre, dann darf die Körperschaft keine

Zuwendungsbestätigungen mehr ausstellen. Verstößt sie dagegen, dann hat dies negative Auswirkungen auf die tatsächliche Geschäftsführung der Körperschaft.

Diese Regelung entsprach der bisherigen Verwaltungspraxis und wurde zur Schaffung größerer Rechtssicherheit in das Gesetz aufgenommen.

3.7 Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen

Die Zweckbetriebsgrenze nach § 67a Absatz 1 AO wurde von jährlich 35 000 € auf 45 000 € angehoben. Diese Regelung ist eine große Vereinfachung für die betroffenen Vereine.

4 Fazit

In dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes wurden zahlreiche Vorschläge des sogenannten "Dritten Sektors" aufgegriffen. Dazu gehören insbesondere verfahrensrechtliche Erleichterungen und Rechtsklarstellungen zur Verbesserung der Verfahrenssicherheit. Zudem wurde mit der Anhebung der steuerlichen Freibeträge das ehrenamtliche Engagement gestärkt.

ZOLLBILANZ 2012

Zollbilanz 2012

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte die Jahresergebnisse der Deutschen Zollverwaltung vor

- Die Deutsche Zollverwaltung (Zoll) vereinnahmte 2012 mit 123,9 Mrd. € rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.
- Der Zoll bekämpfte erfolgreich den Schmuggel und ging wirksam gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vor.
- Mit seinen Kontrollen ist der Zoll ein wichtiger Faktor im Schutz der Verbraucher vor illegalen und gefährlichen Waren.

1	Einleitung	19
	Steuererhebung	
	Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung	
	Verbraucherschutz	
5	Bekämpfung der Produktpiraterie	21
	Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels	
	Barmittelkontrollen	
	Artenschutz	24

1 Einleitung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble dankte den Mitarbeitern des Zolls und würdigte ihren Einsatz unter oft widrigen, manchmal sogar gefährlichen Bedingungen. 100 Mio. Zollabfertigungen im Warenverkehr mit Nicht-EU-Staaten im Wert von über 800 Mrd. € wurden 2012 bewältigt. Der hierbei aufgedeckte Schaden bei Ermittlungen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung belief sich auf 750 Mio. €. Zudem konnten 29 Tonnen Rauschgift beschlagnahmt und 13 500 Sendungen mit für Verbraucher gefährlichen Waren sowie sichergestellten Plagiaten im Wert von 127 Mio. € gestoppt werden. Diese Zahlen unterstreichen einmal

mehr die zentrale Bedeutung des Zolls als Einnahme- und Sicherheitsverwaltung des Bundes und seine Funktion als wichtiger Dienstleister für die deutsche exportorientierte Wirtschaft.

2 Steuererhebung

Mit 123,9 Mrd. € hat der Zoll 2012 rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes eingenommen. Den größten Anteil bilden mit 66,3 Mrd. € die besonderen Verbrauchsteuern. Davon entfallen 39,3 Mrd. € auf die Energiesteuer, 14,1 Mrd. € auf die Tabaksteuer und 7 Mrd. € auf die Stromsteuer. Hinzu kommen 52,2 Mrd. € Einfuhrumsatzsteuer und 4,5 Mrd. € klassische Zölle.

ZOLLBILANZ 2012

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2010	2011	2012
I. Einnahmen der EG			
Zölle	4,4	4,6	4,5
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	63,6	66,8	66,3
Luftverkehrsteuer	-	0,9	0,9
Einfuhrumsatzsteuer	43,6	51,0	52,2
Insgesamt	111,6	123,3	123,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung

Die Zöllner der "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" überprüften im vergangenen Jahr über 543 000 Personen und nahezu 66 000 Arbeitgeber. Dabei deckten sie Schäden von 752 Mio. € auf und leiteten über 148 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten oder
Ordnungswidrigkeiten ein. Aufgrund der Ermittlungen des Zolls verhängten die Gerichte Freiheitsstrafen von insgesamt annähernd 2 100 Jahren. Abgeschlossene Verfahren führten zu Geldstrafen und Geldbußen von 43 Mio. €.

Tabelle 2: Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung

510 425		
	524015	543 120
62 756	67 680	65 955
117 453	109 166	104 283
115 980	112 474	105 680
29,8	30,6	27,2
1 981	2110	2 082
59 870	59218	44 165
70 146	76367	62 175
44,0	45,2	41,3
14,2	18,7	16,0
710,5	660,5	751,9
42,4	31,5	46,3
	117 453 115 980 29,8 1 981 59 870 70 146 44,0 14,2	117 453 109 166 115 980 112 474 29,8 30,6 1 981 2110 59 870 59 218 70 146 76 367 44,0 45,2 14,2 18,7 710,5 660,5

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z. B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Angaben der Länderfinanzverwaltungen, die der Zollverwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

ZOLLBILANZ 2012

4 Verbraucherschutz

Der Zoll leistete auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Verbraucher vor illegalen und gefährlichen Waren. Rund 13 500 Sendungen wurden angehalten, bei denen der Verdacht bestand, dass sie unsichere oder nicht den Vorschriften entsprechende Produkte enthalten. Die zuständigen Marktüberwachungsbehörden wurden unterrichtet. Diese haben bei 79 % der Sendungen festgestellt, dass der Verdacht der Zollverwaltung begründet war und die Waren aus dem Verkehr gezogen, bevor diese in den Handel gelangen konnten.

Die Zöllner stellten u. a. folgende gefährliche oder nicht den Vorschriften entsprechende Waren fest, die nicht einfuhrfähig waren:

- 86 700 elektrische Geräte (z. B. Haushaltsgeräte, Mobiltelefone etc.), bei denen die Gefahr eines Stromschlags bestand oder die nicht die erforderlichen Warnhinweise aufwiesen,
- 93 500 Spielwaren mit gesundheitlichen Risiken (Erstickungsgefahr aufgrund

loser Teile, giftige Stoffe, fehlende Warnhinweise),

- 11 000 Laserpointer, deren Einsatz den Luftund Straßenverkehr gefährden kann, sowie
- 135 100 Sonnenbrillen, die Augen schädigen können.

5 Bekämpfung der Produktpiraterie

Der Zoll hat 2012 verhindert, dass gefälschte Waren im Wert von 127,4 Mio. € auf den europäischen Markt gelangen konnten.
Der Warenwert erhöhte sich damit um beachtliche 54% im Vergleich zum Vorjahr.
Von den sichergestellten Plagiaten stammten etwa 67% aus der Volksrepublik China und Hongkong. Am häufigsten geschmuggelt wurde persönliches Zubehör wie Taschen, Sonnenbrillen, Uhren und Schmuck sowie Schuhe und Bekleidung. Ideenklau und Produktpiraterie sind für den Standort Deutschland und damit auch für Arbeitsplätze hierzulande eine Bedrohung.

Tabelle 3: Beschlagnahmen durch Zolldienststellen

	2010	2011	2012
Anträge auf Grenzbeschlagnahme	990	1 046	1137
Fälle von Grenzbeschlagnahmen	23 713	23 635	23 883
Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	95,8	82,6	127,4
Anzahl beschlagnahmter Waren (in Tsd. Stück)	2 440,3	2 534,6	3 202,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZOLLBILANZ 2012

Tabelle 4: Beschlagnahmen 2012 - Aufteilung auf Warenkategorien

	Wert	Anzahl	
Mondal to the		beschlagnahmter Waren	Anzahl der
Warenkategorie			Beschlagnahmen
	in Mio. €	in Tsd. Stück	
Persönliches Zubehör	58,2	304,0	5 964
Sonnenbrillen und andere Brillen			
Taschen, Handtaschen, Reisegepäck, Zigarettenetuis und andere in Taschen mitgeführte ähnliche Artikel			
Uhren, Schmuck und anderes Zubehör			
Körperpflegeprodukte	22,7	607,3	869
Parfum, Kosmetik usw.			
Sonstige	12,9	1 040,4	1 785
Maschinen und Werkzeuge			
Fahrzeuge, Zubehör und Bauteile			
Bürobedarf			
Feuerzeuge			
Etiketten, Anhänger, Aufkleber			
Textile Waren			
Verpackungsmaterialien			
Andere Waren			
Kleidung und Zubehör	12,9	172,1	3 813
Mobiltelefone einschließlich technischem Zubehör und Teilen	5,2	188,9	1 633
Elektrische/Elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	4,8	215,2	1 750
Audio-/Videogeräte, Zubehör und Bauteile			
Speicherkarten, USB-Speicher			
Druckerpatronen und Toner			
Computerhardware, technisches Zubehör und Bauteile			
Andere Elektrogeräte, Zubehör und Bauteile			
Arzneimittel	4,8	321,3	1 467
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	3,7	269,7	1 028
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	1,1	11,9	5 380
CDs, DVDs, Kassetten	1,0	10,9	155
Bespielt mit Musik, Film, Software, Spielesoftware			
Unbespielt			
Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und andere Getränke	0,05	48,1	26
Tabakerzeugnisse	0,01	12,6	13
Gesamt	127.36	3 202,8	23 883

 $\label{eq:Quelle:Bundesministerium} Quelle: Bundesministerium der Finanzen.$

ZOLLBILANZ 2012

6 Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels

Mit rund 29 Tonnen an beschlagnahmten verbotenen Rauschgiften konnte der Zoll 2012 das Vorjahresergebnis wiederholen. An der Spitze stand Marihuana mit 1,6 Tonnen, gefolgt von 1,1 Tonnen Kokain, 800 kg Haschisch und 400 kg Heroin. Bei der Modedroge Crystal verzeichnete der Zoll eine Steigerung der Sicherstellungsmenge von 17 kg auf 24 kg. Ergänzend zu den politischen grenzüberschreitenden Initiativen der Bundesregierung zur Eindämmung der Produktion und des Schmuggels von Crystal (Hofer Dialog¹) haben Zoll und weitere

¹http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Zoll/2013-02-14-hoferdialog.html

Sicherheitsbehörden im Bereich der Grenze zur Tschechischen Republik ihren Einsatz für eine noch wirksamere Schmuggelbekämpfung weiter verstärkt. Der Schutz der Gesellschaft vor Rauschgift bleibt eine der Kernaufgaben des Zolls.

7 Barmittelkontrollen

Der Zoll kontrolliert den grenzüberschreitenden Barmittelverkehr, um Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus zu verhindern. Im vergangenen Jahr stellten die Zöllner Zahlungsmittel von über 9 Mio. € vorläufig sicher, da die legale Herkunft zunächst nicht zu klären war. Zudem wurden Bußgelder in Höhe von 8 Mio. € festgesetzt.

Tabelle 5: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2010	2011	2012
		in kg	
Heroin	218	357	401
Opium	14	111	31
Kokain	1 060	1 625	1 059
Amphetamine	361	532	313
Metamphetamin (Crystal)	15	17	24
Haschisch	1 328	1 2 1 5	800
Marihuana	2 281	1 260	1 637
Sonstige Betäubungsmittel	21 494	24 495	24 459
		in Stück	
Amphetaminderivate	230 685	421 071	179 725

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 6: Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeld- und Barmittelverkehrs

	2010	2011	2012
Vorläufig sichergestellte Zahlungsmittel (in Mio. €)	38,1	14,4	9,3
Bußgeldbescheide	2 282	2 295	2 489
Festgesetzte Bußgelder (in Mio. €)	8,0	7,22	8,0

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZOLLBILANZ 2012

8 Artenschutz

Der Zoll stellte 2012 in 1100 Fällen über 71 000 Tiere und Pflanzen geschützter Arten sowie daraus hergestellte Waren sicher. Lebende Tiere werden dabei sehr oft unter unwürdigsten Bedingungen transportiert. Dabei kalkulieren die Schmuggler von vornherein den Tod eines Teils der Tiere bewusst ein. Der Zoll unterbindet auch weiterhin diese Tierquälerei.

Tabelle 7: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2010	2011	2012
Aufgriffe	1 365	1 208	1 112
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	93 010	109 375	71 237

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Aktivität war im 1. Quartal noch verhalten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte es jedoch zu einer allmählichen Erholung der Industriekonjunktur kommen.
- Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Februar fort. Im März kam es zu einem witterungsbedingten leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit.
- Die Preisniveauentwicklung verlief im 1. Quartal 2013 in ruhigen Bahnen. Im März überschritt der Verbraucherpreisindex das Niveau des Vorjahres um 1,4%.

Nach der deutlichen konjunkturellen Abschwächung zum Ende des vergangenen Jahres dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland im 1. Quartal wieder stabilisiert haben.

Mit Blick auf die realwirtschaftlichen Indikatoren scheint die Schwächephase der deutschen Industrie zwar noch nicht vollständig überwunden zu sein. Eine Vielzahl von Wirtschaftsdaten deutet jedoch darauf hin, dass die konjunkturelle Entwicklung im weiteren Jahresverlauf wieder an Schwung gewinnen dürfte. So spricht die Seitwärtsbewegung der industriellen Auftragseingänge für eine leichte Erholung der Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe in den nächsten Monaten. Auch die optimistische Stimmung der Unternehmen bekräftigt die Einschätzung einer zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Aktivität. So liegt die Mehrzahl der Stimmungsindikatoren – trotz des teilweise leichten Rückgangs am aktuellen Rand - weiterhin auf einem erhöhten Niveau, das sich oberhalb seines Durchschnitts der zweiten Jahreshälfte 2012 befindet.

Die Außenhandelstätigkeit Deutschlands konnte im Februar 2013 jedoch nicht an ihren guten Start in das neue Jahr anknüpfen. So gingen die nominalen Warenexporte und -importe in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vormonat deutlich zurück. Im Zweimonatsvergleich zeigen sie jedoch nahezu eine Seitwärtsbewegung.

Nach Ursprungswerten blieb das Ausfuhrergebnis kumuliert für die Monate Januar und Februar auf dem entsprechenden Niveau des Vorjahres. Die Einfuhren waren hingegen rückläufig. Dies zeigt sich auch in einem Rückgang der Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer im 1. Quartal 2013 von 7,3 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Nach Regionen betrachtet gibt es hinsichtlich der Außenhandelstätigkeit jedoch deutliche Unterschiede: Sowohl die Exporte in den (-2,0%) als auch die Importe aus dem Euroraum (-1,6%) verringerten sich deutlich. Dies dürfte auf die bisher anhaltende wirtschaftliche Schwäche in einigen Handelspartnerländern dieses Wirtschaftsgebietes zurückzuführen sein. Demgegenüber ist beim Außenhandel mit den EU-Ländern außerhalb des Euroraums im gleichen Zeitraum eine Verbesserung im Vergleich zum Vorjahresniveau zu beobachten (Exporte + 1,6 %, Importe + 3,3 %). Gegenüber den Drittländern sind die Ergebnisse gemischt. So zogen die Warenausfuhren (+1,2%) an, während sich die Importe (-4,0%) spürbar verringerten.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) wies im Zeitraum Januar bis Februar 2013 einen Überschuss von 30,4 Mrd. € auf, der damit um 2,3 Mrd. € höher ausfiel als vor einem

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Jahr. Der Leistungsbilanzüberschuss lag im gleichen Zeitraum 1,2 Mrd. € oberhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus.

Die Aussichten für eine anziehende Exporttätigkeit deutscher Unternehmen haben sich zuletzt etwas verbessert. Dies zeigen der nachlassende Abwärtstrend der Auslandsbestellungen sowie die trotz leichten Rückgangs – optimistischen Exporterwartungen (ifo Umfrage). Zudem deuten internationale Frühindikatoren auf ein allmählich günstiger werdendes weltwirtschaftliches Umfeld hin. So stieg der OECD Composite Leading Indicator im Februar zum sechsten Mal in Folge erneut leicht an. Auch die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Weltwirtschaft verbesserten sich laut ifo Umfrage zuletzt deutlich. Dennoch ist die globale konjunkturelle Entwicklung von großen regionalen Unterschieden geprägt. Während es Anzeichen für eine leichte Belebung der US-Wirtschaft gibt und insbesondere in einigen asiatischen Schwellenländern ein dynamisches Wirtschaftswachstum zu beobachten ist, setzte sich bisher die Anpassungsrezession in den südeuropäischen Ländern fort. In den Prognosen der meisten nationalen und internationalen Institutionen wird jedoch für den Euroraum mit einer leichten Belebung der Wirtschaftstätigkeit ab der zweiten Jahreshälfte gerechnet.

Die Daten zur industriellen Erzeugung zeigen, dass die deutsche Industrie im bisherigen Jahresverlauf noch zur Schwäche neigte. So wurde die Industrieproduktion im Februar zwar ausgeweitet. Dies resultierte ausschließlich aus einem spürbaren Anstieg der Investitionsgüterproduktion (+2,4%). Im Zweimonatsvergleich zeigt die industrielle Erzeugung jedoch insgesamt nahezu eine Seitwärtsbewegung, wobei sich das Niveau leicht unter dem Stand des 4. Quartals befindet. Dämpfend wirkt der Rückgang der Konsumgüterproduktion. Während die Herstellung von Vorleistungsgütern ebenfalls zur Schwäche neigt, ist es als ein positives Signal zu werten, dass der Abwärtstrend

der Produktion von Investitionsgütern zum Stillstand gekommen ist.

Der Umsatz in der Industrie nahm im Februar merklich gegenüber dem Vormonat zu.
Dabei wurde der Auslandsumsatz – vor allem aufgrund spürbar gestiegener Verkäufe von Investitionsgütern – deutlich ausgeweitet.
Gleichzeitig stagnierte der Inlandsumsatz nahezu. Im Zweimonatsvergleich stabilisierten sich die Verkäufe von Industriegütern auf dem Niveau des 4. Quartals. Nach Regionen betrachtet wies dabei der inländische Umsatz ein leichtes Plus und der Auslandsumsatz ein leichtes Minus aus.

Die sich stabilisierenden Auftragseingänge signalisieren eine günstigere Entwicklung der industriellen Erzeugung in den nächsten Monaten. So stieg die Nachfrage in diesem Sektor im Februar deutlich gegenüber dem Vormonat an. Hierzu trug vor allem die Zunahme von Inlands- und Auslandsordern für Investitionsgüter bei. Im Zweimonatsvergleich zeigten die Auftragseingänge insgesamt eine Seitwärtsbewegung, wobei die Inlandsbestellungen über alle drei Gütergruppen hinweg anstiegen. Die sich insbesondere im Inland verbessernde Bestelltätigkeit und die Zunahme der Kapazitätsauslastung im 1. Quartal sprechen dafür, dass es im weiteren Jahresverlauf zu einer allmählichen Erholung der Industriekonjunktur kommen dürfte. Gestützt wird diese Einschätzung auch durch einen mehrmaligen Anstieg der ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe – insbesondere der Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten. Der Rückgang einiger Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand sollte nicht überbewertet werden.

Die Bauproduktion verzeichnete im Februar im Vergleich zum Vormonat einen Rückgang um saisonbereinigt 2,7%. Da sie im Monat zuvor spürbar angestiegen war, zeigt sich im Zweimonatsvergleich weiterhin eine leichte Aufwärtsbewegung. Dabei kamen positive Impulse aus der Entwicklung im Ausbaugewerbe. Hochbau

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012			Veränderung ir	n%gegenüber			
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	ggü. Vorj. in %	Vorpe	Vorperiode saison bereinigt			Vorjahr		
	bzw.Index	ggu. vorj. III %	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,9	+0,7	+0,3	+0,2	-0,6	+0,5	+0,4	+0,1	
jeweilige Preise	2 644	+2,0	+0,6	+0,6	-0,3	+1,7	+1,8	+1,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 021	+1,8	-0,5	-0,3	-0,9	+2,7	+1,3	+0,3	
Arbeitnehmerentgelte	1 377	+3,7	+1,2	+0,6	+0,7	+3,8	+3,8	+3,5	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	644	-1,9	-4,0	-2,2	-4,3	+0,4	-3,2	-7,4	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 666	+2,2	-0,6	+0,1	+1,0	+2,1	+1,4	+1,9	
Bruttolöhne ugehälter	1 126	+3,9	+1,3	+0,5	+0,7	+4,0	+3,9	+3,7	
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,5	+0,4	-1,7	-1,1	+2,5	+1,2	-1,5	
		2012			Veränderung ir	n% gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf			Vorne	eriode saisor		Vorjahr ¹			
tragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jan 13	Feb 13	Zweimonats- durchschnitt	Jan 13	Feb 13	Zweimonat durchschni	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 097	+3,4	+1,3	-1,5	+0,7	+3,0	-2,8	+0,0	
Waren-Importe	909	+0,7	+3,3	-3,8	+0,6	+2,9	-5,9	-1,6	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	105,8	-0,4	-0,6	+0,5	-0,2	-2,6	-1,8	-2,2	
Industrie ²	106,8	-0,6	-1,1	+0,5	-0,3	-2,1	-2,0	-2,0	
Bauhauptgewerbe	105,9	-1,0	+3,1	-2,7	+0,8	-3,8	+6,2	+1,2	
Umsätze im produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,8	-0,6	-0,6	+0,7	-0,1	-2,7	-3,0	-2,9	
Inland	104,8	-1,6	+1,1	-0,1	+0,4	-4,0	-3,7	-3,9	
Ausland	107,0	+0,4	-2,3	+1,6	-0,6	-1,2	-2,2	-1,7	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	103,2	-3,8	-1,6	+2,3	+0,1	-2,1	+0,0	-1,0	
Inland	100,8	-5,6	+0,1	+2,2	+1,4	-4,0	-1,2	-2,6	
Ausland	105,1	-2,3	-2,7	+2,3	-0,8	-0,5	+1,0	+0,2	
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+9,5		-6,3	-0,5		-2,6	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,1	+0,1	+3,0	+0,4	+2,2	+2,5	-2,2	+0,2	

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012		Ve	ränderung in Ta	usend gegenüber			
Arbeitsmarkt	Personen	onen Vorperiode saisonbereinigt			bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	-13	+0	+13	+54	+46	+70	
Erwerbstätige, Inland	41,61	+1,1	+30	+44		+239	+282		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,00	+1,9	+68			+395			
2		2012		Veränderung in %			% gegenüber		
Preisindizes 2005 = 100	2		Vorperiode			Vorjahr			
	ggü. Vorj. i Index	ggu. vorj. III %	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	
Importpreise	119,4	+2,1	+0,1	+0,3		-0,8	-1,6		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	+0,8	-0,1		+1,7	+1,2		
Verbraucherpreise ³	104,1	+2,0	-0,5	+0,6	+0,5	+1,7	+1,5	+1,4	
ifo Geschäftsklima				saisonbere	nigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	
Klima	-2,6	-4,2	-6,8	-4,0	-2,1	+1,3	+7,3	+6,0	
Geschäftslage	+10,6	+9,1	+3,5	+5,0	+3,2	+5,0	+9,1	+8,5	
Geschäftserwartungen	-15,0	-16,7	-16,6	-12,6	-7,3	-2,2	+5,6	+3,6	

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

und Tiefbau belasteten die Bauproduktion insbesondere infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse. Diese dürften wahrscheinlich auch die Bautätigkeit im März dämpfen. Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren eine günstige Entwicklung des Bausektors im weiteren Jahresverlauf. Zwar waren die ifo Geschäftserwartungen für das Bauhauptgewerbe im März etwas weniger optimistisch. Sie liegen jedoch weit über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Darüber hinaus überschritt der Wert der Baugenehmigungen für den Hochbau im Januar/Februar das Niveau der Vorperiode erheblich (saisonbereinigt +7,2%). Dabei zogen die Bewilligungen sowohl von Wohnungsbauprojekten als auch von gewerblichen Bauten spürbar an.

Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine anhaltend robuste Konsumtätigkeit der privaten Haushalte hin. Zwar wird sich das

GfK-Konsumklima nach zwei Anstiegen in Folge im April voraussichtlich nicht weiter verbessern. Das Stimmungsbarometer befindet sich jedoch auch weiterhin auf erhöhtem Niveau. Insbesondere die weiterhin hohe Anschaffungsneigung signalisiert, dass die Konsumenten ihre Ausgabenpläne vor dem Hintergrund einer günstigen Beschäftigungssituation sowie merklicher Lohnsteigerungen derzeit nicht grundlegend korrigieren. Dennoch ist vor dem Hintergrund des aktuellen Indikatorenbildes insgesamt nicht davon auszugehen, dass sich die private Konsumaktivität zu Jahresbeginn deutlich belebt hat. Zwar sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Mehrmonatsvergleich aufwärtsgerichtet. Die Lagebeurteilung im Einzelhandel fiel laut ifo Umfrage im 1. Quartal 2013 jedoch insgesamt etwas ungünstiger aus als im Schlussquartal 2012, wenngleich sie sich im März den dritten Monat in Folge verbesserte.

²Ohne Energie.

 $^{^{3}}$ Index 2010 = 100.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Auch die moderate Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens spricht derzeit nicht für eine lebhafte Konsumtätigkeit. Die positive Arbeitsmarktentwicklung und das ruhige Preisklima deuten jedoch darauf hin, dass der private Konsum auch in diesem Jahr das Wirtschaftswachstum stützen wird.

So befindet sich der Arbeitsmarkt nach wie vor in einer guten Verfassung. Dabei überraschte die Beschäftigungsentwicklung mit einem leicht beschleunigten Anstieg der Erwerbstätigkeit erneut positiv. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm im Februar um 44 000 Personen im Vergleich zum Vormonat zu, nach einem Anstieg um 30 000 Personen im Monat zuvor. Nach Ursprungswerten waren im Februar 41,40 Millionen Personen erwerbstätig (Inlandskonzept). Das waren 282 000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im Januar 2013 einen deutlichen Anstieg. In saisonbereinigter Betrachtung waren 68 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Monat. Das Vorjahresniveau wurde um knapp 400 000 Personen sehr deutlich übertroffen (nach Ursprungswerten). Dabei verzeichneten Wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) weiterhin das größte Plus gegenüber dem Vorjahr. Auch im Verarbeitenden Gewerbe war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. In diesem Bereich verringerte sich der Vorjahresabstand jedoch etwas. Die höchsten Beschäftigungsverluste gab es im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen.

Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) betrug im März 3,10 Millionen Personen und überschritt damit das entsprechende Vorjahresniveau um 70 000 Personen. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,3 % (+ 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosenzahl im März gegenüber dem Vormonat leicht an. Dies dürfte laut

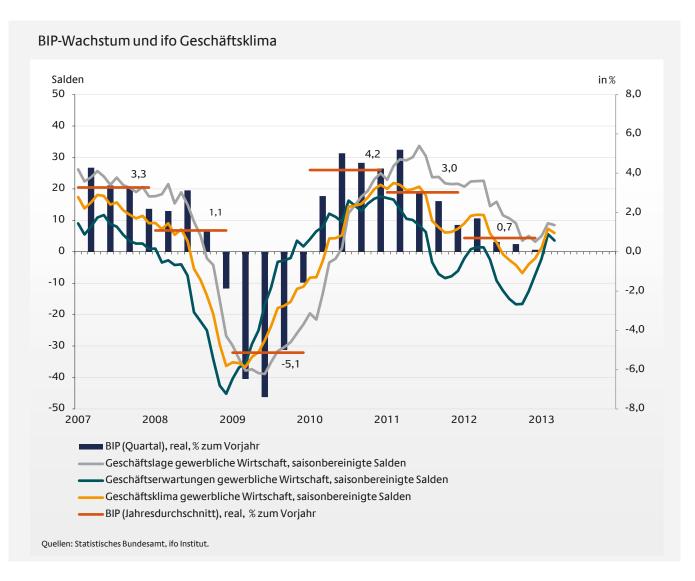
Bundesagentur für Arbeit insbesondere mit den ungewöhnlich starken witterungsbedingten Einschränkungen zusammenhängen. Im Durchschnitt des 1. Quartals 2013 lag die Zahl der arbeitslosen Personen jedoch leicht unter dem Niveau des Schlussquartals des vergangenen Jahres (-7 000 Personen).

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren einen weiteren, moderaten Beschäftigungsaufbau. So ist das ifo Beschäftigungsbarometer zwar etwas angestiegen. Der Index hat jedoch den Stand vom Juni vergangenen Jahres noch nicht wieder erreicht. Der Stellenindex BA-X deutet mit seinem seit einem Jahr anhaltenden Abwärtstrend auf eine leichte Abnahme der Arbeitskräftenachfrage hin. Dennoch ist das Niveau des Index immer noch sehr hoch. Angesichts des bereits erreichten sehr hohen Beschäftigungsniveaus ist es wahrscheinlich, dass der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr in dem Maße zunehmen kann wie in den beiden Jahren zuvor. Allerdings wird das Arbeitsangebot derzeit - insbesondere migrationsbedingt – durch einen deutlichen Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials gestützt.

Die Preisniveauentwicklung verlief im 1. Quartal 2013 in ruhigen Bahnen. Dabei ist die Abflachung des Anstiegs des Verbraucherpreisniveaus insbesondere auf den Wegfall der Praxisgebühr zurückzuführen. Dies hat über das gesamte Jahr hinweg einen dämpfenden Einfluss auf die Inflationsrate. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland überschritt im März das Vorjahresniveau um 1,4%. Dies ist niedrigste Teuerungsrate seit Dezember 2010. Die Abschwächung des Preisniveauanstiegs im März ist vor allem von einen Rückgang der Preise für Mineralölprodukte geprägt (- 6,5 %). Dabei spielt die Verbilligung der Weltmarktpreise für Rohöl eine wesentliche Rolle. So lag der Rohölpreis auf dem Weltmarkt im März rund 13 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent). Die Preisniveaus für Haushaltsenergie,

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



ausgenommen leichtes Heizöl, erhöhten sich dagegen sehr deutlich. Insgesamt wirkte die moderate Zunahme der Energiepreise (+ 0,5 % gegenüber dem Vorjahr) jedoch dämpfend. Die Nahrungsmittelpreise überschritten das Vorjahresniveau deutlich (+ 3,7 %). Die Erhöhung des Nahrungsmittelpreisniveaus dürfte jedoch eher auf saisonbedingte Ursachen zurückzuführen sein (Ostern, sehr ungünstige Witterungsverhältnisse) als auf eine Verteuerung von Weltmarktpreisen für Agrarrohstoffe. Die Preise für Agrarrohstoffe stiegen zwar im Vormonatsvergleich an, die jährliche Teuerungsrate ist jedoch seit über einem Jahr rückläufig.

Die Zunahme des Verbraucherpreisniveaus dürfte in den nächsten Monaten verhalten

bleiben. Dabei wird von der immer noch schwachen globalen Konjunktur vorerst kaum ein erhöhter Preisdruck zu erwarten sein. Darauf deuten auch die aktuellen moderaten Teuerungsraten für Importe und die Erzeugung gewerblicher Produkte hin. Der Erzeugerpreisindex nahm im Februar um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der Anstieg hat sich damit weiter abgeflacht. Der Importpreisindex sank im Februar den zweiten Monat in Folge (-1,6 % gegenüber dem Vorjahr). Dies ist vor allem auf den Importpreisrückgang bei Energieträgern zurückzuführen (-4,8%). Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse unterschritten Importpreise das Vorjahresniveau um 1,2%. Die Preiserwartungen der Verbraucher sind im März ebenfalls gesunken.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MÄRZ 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2013 im Vorjahresvergleich um 5,7% gestiegen. Neben den gemeinschaftlichen Steuern (+ 6,8%) verzeichneten auch die Ländersteuern (+ 5,8%) einen erheblichen Zuwachs; die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresniveau lediglich um 1,3%. Der Bund erzielte Mehreinnahmen von 5,6%, die EU-BNE-Eigenmittelabführungen blieben in etwa auf Vorjahresniveau. Die Länder verbuchten Zuwächse von 5,2% gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat.

Im 1. Quartal 2013 konnten alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftsteuern (+ 9,2%). Trotz des erheblichen Anstiegs der EU-Abführungen verzeichnen die Steuereinnahmen des Bundes mit 2,2% eine leicht höhere Zuwachsrate als die Länder (+2,1%). Hier spielte der Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen eine wesentliche Rolle.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im März 2013 um 5,7% über dem Ergebnis vom März 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen gingen um 1,2% zurück. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um 4,1%. In den Monaten Januar bis März 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahresquartals um 6,9%.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im März 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,1 Mrd. € beziehungsweise 26,1%. Die Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer brutto weisen mit 7,9% ebenfalls deutliche Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Die im März geleisteten Vorauszahlungen für das laufende Jahr erhöhten sich um circa 6%. Während die Nachzahlungen auf dem gleichen Niveau verharrten, sind die Erstattungen

insgesamt um über 8 % zurückgegangen.
Etwa die Hälfte dieses Rückgangs ist auf die
Entwicklung der Erstattungen an veranlagte
Arbeitnehmer nach § 46 EStG zurückzuführen,
welche das Niveau des Vorjahreszeitraums
um 16,5 % unterschritten. Die Zahlungen von
Eigenheimzulagen betreffen nur noch wenige
Restfälle. Sie verringerten sich um rund zwei
Drittel von 1,3 Mrd. € auf nur noch 0,5 Mrd. €.
Für den Zeitraum Januar bis März 2013 ergeben
sich für die veranlagte Einkommensteuer in der
Kasse Zuwächse von 27,1%.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im aufkommensstarken Berichtsmonat März 2013 rund 5,3 Mrd. € aus; dies ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat (+5,2 Mrd. €). Dabei schlug eine seit Jahresbeginn erwartete Körperschaftsteuererstattung aufkommensmindernd zu Buche (rund -0,8 Mrd. €). Sie resultiert aus der Anrechnung von Kapitalertragsteuer, welche im August 2012 das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag erhöht hatte. Ein Sonderfall im Basisjahr 2012 überzeichnet hingegen die Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens um circa 0,5 Mrd. €. Bei den Vorauszahlungen wurde der Anstieg der Vorauszahlungen für das laufende Jahr durch den Rückgang der Vorauszahlungen für Vorjahre fast ausgeglichen. Per saldo ergibt sich damit lediglich ein Anstieg der Vorauszahlungen um circa 1%. Nachzahlungen und Erstattungen sind (unter Einbeziehung der vorgenannten Sonderfälle) unverändert geblieben. Im kumulierten Zeitraum Januar bis März 2013 wurde das Aufkommen des Vorjahreszeitraums um rund 0,5 Mrd. € übertroffen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verringerten sich gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 45,2%. Die Erstattungen durch das

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahi
2013	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11 312	+5,7	36 468	+6,9	157 100	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	10 115	+26,1	10 750	+27,1	39 800	+6,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 026	-45,2	3 025	-40,3	14 485	-27,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und		,_		,.		,_
Veräußerungserträge (einschließlich ehem. Zinsabschlag)	414	-6,8	3 578	+3,2	8 274	+0,5
Körperschaftsteuer	5 3 3 4	+3,2	6014	+9,9	20 570	+21,5
Steuern vom Umsatz	14002	+5,2	49 167	+0,4	202 150	+3,9
Gewerbesteuerumlage	5	-41,6	87	-42,7	3 877	+1,2
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-46,3	39	-68,9	3 300	-0,2
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	42 210	+6,8	109 127	+3,1	449 556	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 954	+8,1	4672	+6,0	39 650	+0,9
Tabaksteuer	840	-11,2	2 141	-7,1	14450	+2,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	155	+21,7	580	+0,6	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	637	+2,2	5 429	+4,8	11 150	+0,1
Stromsteuer	616	+8,8	1 797	+4,8	6 400	-8,2
Kraftfahrzeugsteuer	727	-4,1	2304	-1,0	8 3 0 5	-1,6
Luftverkehrsteuer	62	-9,5	183	-2,5	970	+2,3
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	0	Х	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	1 625	+5,9	3 473	+5,0	14 050	+3,1
Übrige Bundessteuern	104	-3,8	392	-2,6	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	7 720	+1,3	20 971	+4,5	99 997	+0,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	368	-4,8	1 007	-4,7	4247	-1,3
Grunderwerbsteuer	686	+8,7	2 144	+14,3	7 690	+4,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	169	+40,5	457	+22,6	1 486	+3,8
Biersteuer	39	-19,7	141	-6,5	693	-0,5
Sonstige Ländersteuern	136	+0,6	176	+1,7	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 398	+5,8	3 924	+8,1	14 498	+2,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	340	-14,6	1 039	-7,7	4550	+2,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	171	+6,2	855	+6,2	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 693	+4,4	9210	+16,7	23 950	+20,8
EU-Eigenmittel insgesamt	2 204	+1,0	11 103	+13,1	30 650	+16,5
Bund ³	23 636	+5,6	56 862	+2,2	260 463	+1,6
Länder ³	22 286	+5,2	58 602	+2,1	242 925	+2,8
EU	2 204	+1,0	11 103	+13,1	30 650	+16,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 543	+13,3	8 493	+9,2	34 563	+5,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	51 669	+5,7	135 061	+3,4	568 601	+3,0

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $Quelle: Bundesministerium \, der \, Finanzen.$

 $^{{}^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom November 2012.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MÄRZ 2013

Bundeszentralamt für Steuern nahmen um 72,7% ab. Das Bruttoaufkommen vor Abzug der Erstattungen sank um 46,8%. Im Zeitraum Januar bis März gingen die Kasseneinnahmen insgesamt um 40,3% zurück.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge lag um 6,8% unter dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im kumulierten Zeitraum Januar bis März 2013 erhöhten sich die Einnahmen allerdings um 3,2%.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat März 2013 das Vorjahresniveau um 5,2%. Damit ist nach der negativen Entwicklung in den beiden Vormonaten das Aufkommen in diesem Jahr erstmals angestiegen. Von den beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies die Einfuhrumsatzsteuer einen Rückgang um 12,7% auf. Demgegenüber stieg das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um 13,8%. Aufgrund der Rückgänge in den aufkommensstärkeren Vormonaten liegen die Steuern vom Umsatz insgesamt kumuliert lediglich um 0,4% über dem Vergleichszeitraum Januar bis März 2012.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im März 2013 Mehreinnahmen von 1,3 %. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere von der Energiesteuer (+ 8,1%), dem

Solidaritätszuschlag (+5,9%), der Stromsteuer (+8,8%) und der Versicherungsteuer (+2,2%). Bei der Energiesteuer konnten alle drei Teilbereiche Zuwächse verzeichnen. Die Energiesteuer auf den Kraftstoffverbrauch mit einem Anteil von rund 90 % am Gesamtaufkommen – verzeichnete einen Anstieg von 3,7%, während die Energiesteuer auf Heizöl (+ 35,8%) und die Energiesteuer auf Erdgas (+80,8%) zwar deutlich höhere Zuwachsraten aufweisen, allerdings auf einem wesentlich niedrigeren Niveau. Die Tabaksteuer (-11,2%), die Kraftfahrzeugsteuer (-4,1%), die Luftverkehrsteuer (-9,5%) und die Kaffeesteuer (-13,1%) mussten Einbußen hinnehmen. Bei der Kernbrennstoffsteuer ist erneut kein Aufkommen zu verzeichnen. Im Zeitraum Januar bis März 2013 konnten die Bundessteuern insgesamt Mehreinnahmen von 4,5% verbuchen.

Die reinen Ländersteuern überschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 5,8 %. Getragen wird dieses Ergebnis wie bereits in den vergangenen Monaten von der positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 8,7 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 40,5 %) und der Feuerschutzsteuer (+ 0,6 %). Die Erbschaftsteuer (- 4,8 %) und die Biersteuer (-19,7 %) mussten Mindereinnahmen verbuchen. Im Zeitraum Januar bis März 2013 liegt das Aufkommen der Ländersteuern bei + 8,1 %.

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich März 2013 beliefen sich auf 79,8 Mrd. €. Sie unterschritten damit das Ergebnis des Vergleichszeitraums um 2,9 Mrd. € (-3,5%).

Einnahmenentwicklung

Bis einschließlich März 2013 konnten Einnahmen in Höhe von insgesamt 60,5 Mrd. € erzielt werden. Sie lagen um 1,8 Mrd. € (+3,1%) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes in Höhe von 55,2 Mrd. € überstiegen das Ergebnis vom März 2012 um 1,3 Mrd. € (+2,5%). Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 5,3 Mrd. € um 0,5 Mrd. € über dem Märzergebnis von 2012.

Finanzierungssaldo

Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar hochrechnen lässt. Die Höhe der Kassenmittel unterliegt im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflusst somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Daher ist die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn gering. Erst im Verlauf des späteren Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im März 2013 betrug der Finanzierungssaldo - 19,3 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2012	Soll 2013	Ist - Entwicklung ¹ März 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	302,0	79,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-3,5
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	60,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			3,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	55,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-17,4	-19,3
Finanzierung durch:	22,8	17,4	19,3
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	24,2
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	22,5	17,1	-4,8

 $Abweichung en \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	So	II	Ist-Entwicklung
	201	3	Januar bis März 2013
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €
Allgemeine Dienste	72 949	24,2	15 861
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	1 695
Verteidigung	32 807	10,9	7 805
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,4	3 630
Finanzverwaltung	3 878	1,3	909
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,3	3 917
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	850
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,5	1 531
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	48,1	41 930
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	32,7	30 603
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 17
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,6	8 160
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,3	5 135
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4700	1,6	1 253
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	1 649
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	602
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	352
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,8	453
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	0,6	431
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	91
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	1 483
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	72
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 172
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,5	2 482
Straßen	7 196	2,4	928
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	757
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 649	12,8	13 290
Zinsausgaben	31 596	10,5	30 487
Ausgaben zusammen	302 000	100,0	79 772

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Is	t	So	II	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	20	12	20	13	Januar bis März 2012	Januar bis März 2013	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	in%
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	267 599	88,6	78 702	75 967	-3,
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,4	7 598	7 837	+3,
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,9	5 471	5 632	+2,
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	2 1 2 8	2 205	+3
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	8,2	4 999	4 344	-13
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 384	0,5	1 343	0,4	248	307	+23
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	2 253	1 381	-38
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,3	2 498	2 656	+6
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,5	12 042	11 871	-1,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	182 271	60,4	53 947	51 795	-4
an Verwaltungen	17 090	5,6	19 419	6,4	3 502	4180	+19
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	53,9	50 485	47 633	-5
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,6	6 442	6715	+4
Renten, Unterstützungen u. a.	26307	8,6	26 456	8,8	7 068	7 207	+2
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	34,3	35 157	31 655	-10
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	116	119	+2
nvestive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,5	3 971	3 805	-4
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,8	3 201	3 095	-3
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14692	4,9	2 725	2830	+3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	476	209	-56
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10304	3,4	8 862	2,9	0	56	
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	770	710	-7
Baumaßnahmen	6 1 4 7	2,0	6 703	2,2	587	525	-10
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	145	135	-6
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	38	50	+31
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	302 000	100,0	82 673	79 772	-3.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Sol	II	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	201	2	201	3	Januar bis März 2012	Januar bis März 2013	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	in%
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	53 855	55 184	+2,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	49 322	50 771	+2,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	23 134	24 507	+5,
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	12 743	13 852	+8
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	3 595	4 5 6 7	+27
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	2 536	1 506	-40
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	1 525	1 574	+3
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	2 735	3 007	+9
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	26 126	26 226	+0
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	63	39	-38
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	4 406	4 672	+6
Tabaksteuer	14 143	5,0	14450	5,1	2 3 0 5	2 141	-7
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14050	4,9	3 3 0 8	3 473	+5
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	5 180	5 429	+4
Stromsteuer	6973	2,5	6 400	2,2	1714	1 797	+4
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 3 0 5	2,9	2328	2 304	-1
Kernbrennstoffsteuer	1577	0,6	1 400	0,5	-348	0	-100
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	577	580	+0
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	256	238	-7
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	187	183	-2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10842	-3,8	-2812	-2 448	-12
BNE-Eigenmittel der EU	-19826	-7,0	-23 950	-8,4	-7890	-9 210	+16
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	- 805	- 855	+6
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-1 771	-1 798	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-2 248	-2 248	+0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	4 758	5 268	+10
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4560	1,6	5 5 1 1	1,9	743	707	-4
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	55	31	-43
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	527	1 286	+144
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	58 613	60 452	+3

Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2013

Entwicklung der Länderhaushalte im Januar und Februar 2013

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar und Februar 2013 vor.

Nach den ersten beiden Monaten des Jahres 2013 ist das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit etwa gleich hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Es betrug am Ende des Berichtszeitraums rund -4,9 Mrd. €. Aus der Entwicklung in den ersten zwei Monaten können allerdings noch keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden. Auf die Darstellung der üblichen Schaubilder wurde verzichtet, da sie nur geringe Aussagekraft haben.¹

 $^{\rm 1} \rm Einzelheiten$ siehe auch Tabellen im Statistikteil Seite 82.ff

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im März durchschnittlich 2,98 % (3,11 % im Februar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende März 1,27% (1,45% Ende Februar).

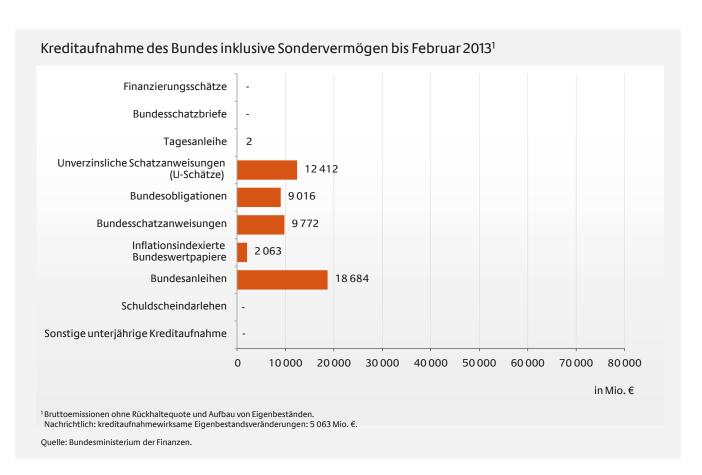
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende März auf 0,21% (0,21% Ende Februar).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 4. April 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75%,1,50% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7795 Punkte am 31. März (7742 Punkte am 28. Februar). Der Euro Stoxx 50 sank von 2634 Punkten am 28. Februar auf 2624 Punkte am 31. März.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Februar bei 3,1% nach 3,5% im Januar und 3,5% im Dezember.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von Dezember 2012 bis Februar 2013 auf 3,3% nach 3,6% im Dreimonatszeitraum von November 2012bis Januar 2013.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Februar - 1,2% nach - 1,1% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,78% im Februar gegenüber 0,83% im Januar.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

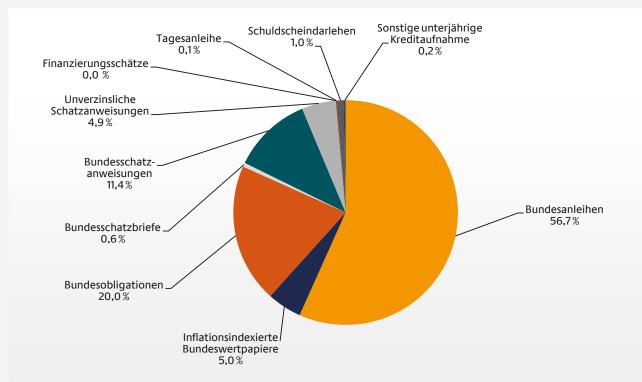
Bis einschließlich Februar 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 51,9 Mrd. €. Darunter entfielen auf festverzinsliche Bundeswertpapiere 45,0 Mrd. € und auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 2,0 Mrd. €. Zur Deckung des Bruttokreditbedarfs wurden ferner netto 5,0 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal" zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 50,0 Mrd. € (davon 38,4 Mrd. € Tilgungen und 11,6 Mrd. € Zinsen) fällt geringer aus als der Bruttokreditbedarf von 51.9 Mrd. €.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 44,6 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 7,3 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 28. Februar 2013



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1148,0 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 36,3 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	24,0	-											24,0
Bundesobligationen	-	-											-
Bundesschatzanweisungen	-	-											-
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0											14,0
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1											0,3
Finanzierungsschätze	0,0	0,0											0,0
Tagesanleihe	0,1	0,0											0,1
Schuldscheindarlehen	-	-											-
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-											-
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0											-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2											38,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. •	Aug €	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8											11,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN 113740	Aufstockung	2. Januar 2013	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Neuemission	9. Januar 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Neuemission	16. Januar 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	30. Januar 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	6. Februar 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Neuemission	13. Februar 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	20. Februar 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	6. März 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN113741	Aufstockung	13. März 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	20. März 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	4 Mrd.€	4 Mrd.€
			1. Quartal 2013 insgesamt	44 Mrd. €	44 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119741 WKN 111974	Neuemission	7. Januar 2013	6 Monate/fällig 10. Juli 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119758 WKN 111975	Neuemission	28. Januar 2013	12 Monate/fällig 29. Januar 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119766 WKN 111976	Neuemission	11. Februar 2013	6 Monate/fällig 14. August 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119774 WKN 111977	Neuemission	25. Februar 2013	12 Monate/fällig 26. Februar 2014	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119782 WKN 111978	Neuemission	11. März 2013	6 Monate/fällig 11. September 2013	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119790 WKN 111979	Neuemission	25. März 2013	12 Monate/fällig 26. März 2014	3 Mrd. €	3 Mrd.€
			1. Quartal 2013 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2013 Sonstiges

			1. Quartal 2013 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/	3.0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	12. März 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes obligation ISIN DE 000103534 WKN 103053	Aufstockung	12. Februar 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE 000103542 WKN 103054	Aufstockung	22. Januar 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN-Rates am 12. und 13. April 2013 in Dublin

Zu Irland und Portugal haben sich die Eurogruppe und die EU-Finanzminister, einer Empfehlung der Troika folgend und vorbehaltlich des Abschlusses der nationalen Verfahren, darauf geeinigt, die durchschnittliche Laufzeit der EFSM¹- und EFSF²-Kredite für beide Länder um sieben Jahre zu verlängern. Voraussetzung für die formelle Laufzeitverlängerung ist die weitere planmäßige Programmumsetzung und die entsprechende Bestätigung durch die Troika.

Zu **Zypern** billigte die Eurogruppe politisch die Programmdokumente für ein Hilfeprogramm aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die Programmdokumente setzten die Eckpunkte eines Hilfeprogramms um, auf die sich die Eurogruppe zuvor geeinigt hatte. Damit können die nationalen Verfahren starten - in Deutschland das Verfahren zur Zustimmung durch den Deutschen Bundestag. Nur nach Zustimmung des Deutschen Bundestags kann der Deutsche Vertreter beim ESM der Finanzhilfe zustimmen. Das Volumen der vereinbarten Finanzhilfe beträgt bis zu 10 Mrd. €. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird sich voraussichtlich mit 1 Mrd. € am Programm beteiligen.

Hinsichtlich **Griechenland** berichtete die Troika über den Stand der Programmumsetzung. Die Freigabe der letzten Sub-Tranche der im Dezember 2012 freigegebenen Tranche in Höhe von 2,8 Mrd. € steht noch aus. Auszahlungsvoraussetzungen (sogenannte Meilensteine) sind dabei die Festlegung des Stellenabbaupotenzials in der öffentlichen Verwaltung und die Senkung der Preise für Arzneimittel.

Am 15. April 2013 haben die Mitglieder der Troika Griechenland im Rahmen des erfolgreichen Abschlusses ihrer Mission Fortschritte bei der Erreichung der Meilensteine bescheinigt. Von einer baldigen Implementierung und damit Erfüllung der Meilensteine sei auszugehen.

Die Minister der Eurogruppe haben die Gespräche zur Entwicklung des Instruments zur direkten Bankenrekapitalisierung **durch den ESM** fortgeführt. Hierbei ging es insbesondere um den von dem betroffenen Mitgliedstaat zu tragenden Eigenanteil und die Behandlung von Altlasten. Aus Sicht der Bundesregierung ist es wichtig, dass das Volumen für die direkte Rekapitalisierung begrenzt wird, damit der ESM seine Kernaufgaben glaubwürdig wahrnehmen kann. Zudem ist es wichtig, dass die Haftungsreihenfolge gewahrt bleibt und der ESM erst dann herangezogen werden kann, wenn die Beteiligung der Bankeigentümer, der Gläubiger und des betroffenen Mitgliedstaats nicht ausreicht, um die Bank zu stabilisieren. Die Arbeiten werden fortgesetzt.

Zum Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus erfolgte die politische
Billigung des vorliegenden Verordnungstextes
durch die ECOFIN-Minister. In einer von
Deutschland initiierten Erklärung haben die
Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft bekräftigt,
an Vorschlägen für Vertragsänderungen
zu arbeiten, um eine noch weitergehende,
vollständige und rechtlich eindeutige
organisatorische Trennung zwischen
Geldpolitik und Bankenaufsicht bei der
Europäischen Zentralbank sowie eine
gleichberechtigte Beteiligung von Nicht-Euro-

¹EFSN - Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus

 $^{{}^2\}hbox{\it EFSF-Europ\"{a}} is che {\it Finanzstabilisier ungsfazilit\"{a}} t$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Mitgliedstaaten an der Entscheidungsfindung in Aufsichtsfragen zu ermöglichen.

Bei der Diskussion über die künftige **Ausgestaltung der Bankenunion** innerhalb der EU ging es vor allem um die Frage der Restrukturierung und Abwicklung von Banken. Aus deutscher Sicht hat die Verabschiedung der Restrukturierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD) – einschließlich klarer Regeln für das Bail-in von Investoren – oberste Priorität. In den Gesprächen zur kurzfristig aufgenommenen Thematik der Steuerhinterziehung und -vermeidung ging es vor allem um den Vorstoß, die Zinsrichtlinie auf alle relevanten Kapitaleinkünfte auszuweiten und den automatischen Informationsaustausch sowohl auf EU- als auch auf G20-Ebene international weiter voranzutreiben. Eine Vertiefung des Themas ist für das im Sommer in Moskau stattfindende G20-Treffen vorgesehen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

7. Mai 2013	Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat in Berlin
10./11. Mai 2013	G7-Finanzminister-Treffen in Buckinghamshire/London
13./14. Mai 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
22. Mai 2013	Europäischer Rat in Brüssel
20./21. Juni 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
27./28. Juni 2013	Europäischer Rat in Brüssel
19. Juli 2013	Treffen der G20-Finanz- und -Arbeitsminister in Moskau
19./20. Juli 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
13. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

¹ Nach IWF-Special Data Dissermination Stabdard (SDDS), siehe http://dsbb.imf.org.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90¹

Telefax: 01805/77 80 941

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $^{^{1}} Je weils~0,14~e/M inute~aus~dem~Festnetz~der~Telekom,~abweichende~Preise~aus~anderen~Netzen~m\"{o}glich.$

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	. 48
1	Kreditmarktmittel	50
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	57
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2012	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
1	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
1	Länder bis Januar 2013	82
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	02
2	Länder bis Februar 2013	84
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2013	
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Jahuar 2013	
•	Die Einflammen, Masgaben und Rassemage der Euraer bis Februar 2015	
Keni	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	94
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	94
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	96
4	Einkommensverteilung	97
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	101
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10		108

11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	109
12	Preise und Löhne	110
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	112
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	113
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	114
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	115
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	116
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	117
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	118
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	122

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1a: Kreditmarktmittel

Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Januar 2013	Zunanne	Abhanne	28. Februar 2013
		in M	io.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	56 000	1 000	0	57 000
Anleihen ¹	644 000	7 000	0	651 000
Bundesobligationen	226 000	4 000	0	230 000
Bundesschatzbriefe ²	6 658	0	120	6 538
Bundesschatzanweisungen	126 000	5 000	0	131 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	56 221	6 999	6 9 9 9	56 221
Finanzierungsschätze ³	206	0	19	187
Tagesanleihe	1 654	0	41	1 613
Schuldscheindarlehen	12 022	0	0	12 022
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	2 3 1 7	0	0	2 3 1 7
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 078			1 147 897

Tabelle 1b: Kreditmarktmittel

Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Januar 2013			28. Februar 2013
		in M	io.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	219 615			219 648
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	357 434			378 264
langfristig (mehr als 4 Jahre)	554028			549 986
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 078			1 147 897

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2\,\}mathrm{Bundesschatzbriefe}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Typen}\,\mathrm{A}\,\mathrm{und}\,\mathrm{B}.$

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 31. März 2013	Belegung am 31. März 2012						
		in Mrd. €							
Ausfuhren	145,0	128,7	120,3						
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,8	40,7						
FZ-Vorhaben	12,5	4,9	3,8						
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0						
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,3	108,6						
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	55,9						
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0						
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0						
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4						
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	95,3						

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2013	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-	-
	April	-	-	-	-	-	-
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
	Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	- 250
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
	November	273 451	233 578	-39818	-5 359	179	-34 280
	Oktober	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
	August	206 420	169910	-36 459	536	144	-36 851
	Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
	Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
	März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
	Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2010	Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
	November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
	Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
	September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
	August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
	Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
	Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
	Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
	April	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
	März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
	Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	- 115	-27 962
	Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118
2009	Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
	November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
	Oktober	243 983	204784	-39 150	-14675	188	-24 287
	September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
	August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
	Juli	176 517	148 441	-28 039	-9391	134	-18 514
	Juni	141 466	126776	-14 658	11 937	112	-26 483
	Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
	April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4767
	März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
	Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	- 122	-1 513
	Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	- 117	167

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			•	Central Government D	ebt	
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	6
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2013	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-
	April		-	-	-	-
	März	-	-	-	-	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
2012	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	_
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	_
		216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	September	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	August	221 482	364 665	532 694	1 118 841	_
	Juli 	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Juni	226 511	367 003	535 842	1 129 356	
	Mai	226 581	362 000	524 423	1 113 004	
	April					454
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen ¹
		Outsta	nding debt		Gewainieistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-
März	214171	306 352	482 537	1 003 060	319
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013				
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll				
		Mrd.€								
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,0				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	- 1,6				
2. Einnahmen ¹	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,2				
darunter:										
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6				
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+ 1,8				
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-17,4				
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	7,4	5,8				
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos										
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	249,3	249,8				
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	5,7	-0,3				
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	232,4				
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	22,5	17,1				
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3				
Nachrichtlich:										
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8				
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+11,5	- 3,8	-2,7	+43,0	- 4,1				
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5				

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2013.

¹Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Finanzierung}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Eigenbestandsver}$ änderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20619	20 825
Ziviler Bereich	8 870	9 269	9 443	9 2 7 4	9 2 8 9	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	11 331	10 324
Versorgung	6714	6 9 6 2	7 079	7 154	7 427	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 651
Militärischer Bereich	4 2 9 8	4 500	4 620	4682	4889	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1384	1 3 4 3
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10281	10 442	10137	10 287	10396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	12 033	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	182 271
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 090	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	8	9
Sondervermögen	4568	5 624	5518	5 2 7 6	5 552	5 9 1 2
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24225	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26307	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 424	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 668	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5017	5 372
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	266 987

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 1 4 7	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	964
Grunderwerb	504	643	503	492	629	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14589	15 524	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 789	4800
Länder	5 654	5 8 0 4	5 142	5 178	5 152	4737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	62
Sondervermögen	-	-	-	-	581	1
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 396
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 501	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	612
Unternehmen - Inland	2 267	-	-	260	4	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	146
Ausland	225	282	269	311	348	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	11 864
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	2736	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	2 735	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1 1 1 5	1 070	1 380
Ausland	1 473	1 618	1 587	1710	1 666	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2
Inland	26	13	13	0	0	175
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	34804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	302 000

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 542	50 596	25 197	18 867	-	6 532
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 921	5 640	3 535	1 298	-	808
2	Auswärtige Angelegenheiten	19 251	4536	505	173	-	3 858
3	Verteidigung	33 247	32 986	16219	15 764	-	1 003
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 791	3 434	2 179	984	-	272
5	Rechtsschutz	405	392	268	100	-	24
6	Finanzverwaltung	3 925	3 605	2 491	547	-	567
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 668	14 442	559	884	-	12 999
13	Hochschulen	3 978	2 989	11	10	-	2 968
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 435	2 435	-	-	-	2 435
15	Sonstiges Bildungswesen	663	587	10	62	-	515
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9844	7 897	537	808	-	6 552
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	748	534	1	4	-	529
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	153 929	152 494	235	597	-	151 662
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	108 688	108 688	56	-	-	108 632
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	8 129	8 129	-	2	-	8 127
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 394	2 044	-	29	-	2014
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	32 268	32 158	47	313	-	31 798
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	317	317	-	-	-	317
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	2 133	1 159	133	252	-	774
3	Gesundheit und Sport	1 398	906	301	313	-	292
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	464	393	167	179	-	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	464	393	167	179	-	47
32	Sport	130	116	-	4	-	112
33	Umwelt- und Naturschutz	397	245	86	71	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	407	152	48	60	-	44
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 089	873	-	40	-	833
41	Wohnungswesen	1 391	835	-	1	-	833
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	693	38	-	38	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	909	464	30	167	-	268
52	Verbesserung der Agrarstruktur	560	150	-	1	-	149
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	118	118	-	70	-	48
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	118	118	-	70	-	48
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	231	196	30	96	-	71

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	940	2 835	12 171	15 946	15 924
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	17	-	281	281
2	Auswärtige Angelegenheiten	93	2 653	11 969	14715	14714
3	Verteidigung	212	49	-	261	239
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	241	116	-	357	357
5	Rechtsschutz	13	-	-	13	13
6	Finanzverwaltung	119	0	202	320	320
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	151	3 075	-	3 226	3 226
13	Hochschulen	1	988	-	989	989
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	76	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	149	1 798	-	1 947	1 947
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	213	-	214	214
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	1 426	1	1 435	981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	349	1	351	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	105	-	110	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	972	-	974	974
3	Gesundheit und Sport	313	179	-	492	492
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	59	12	-	71	71
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	59	12	-	71	71
32	Sport	-	14	-	14	14
33	Umwelt- und Naturschutz	9	143	-	151	151
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	246	10	-	255	255
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 215	1	1 216	1 216
41	Wohnungswesen	-	555	1	556	556
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	655	-	655	655
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	440	0	445	445
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	0	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	30	_	35	35

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 179	2 327	63	509	-	1 755
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	794	638	-	385	-	253
621	Kernenergie	315	224	-	-	-	224
622	Erneuerbare Energieformen	70	32	-	3	-	29
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	409	383	-	383	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 384	1 369	-	0	-	1 369
64	Handel	58	58	-	7	-	52
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	817	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 126	252	63	109	-	80
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 110	4 147	1 067	2 009	-	1 071
72	Straßen	7 443	1 093	-	946	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 745	971	524	376	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	315	4	-	-	-	4
	Luftfahrt	180	178	47	19	-	113
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 426	1 901	496	668	-	736
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 385	12 194	-	1	-	12 193
81	Wirtschaftsunternehmen	11 201	7 020	-	1	-	7018
832	Eisenbahnen	4165	72	-	0	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 036	6 948	-	1	-	6 947
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 184	5 174	-	-	-	5 174
873	Sondervermögen	5 174	5 174	-	-	-	5 174
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	31 565	31 526	593	316	30 487	130
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	168	129	-	-	-	129
92	Schulden	30 491	30 491	-	4	30 487	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	906	906	593	312	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 775	269 971	28 046	23 703	30 487	187 734

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 1st 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	118	867	867	1 852	1 852
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	92	64	-	156	156
621	Kernenergie	92	-	-	92	92
622	Erneuerbare Energieformen	-	38	-	38	38
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	26	-	26	26
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	15	-	15	15
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	26	782	-	807	807
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	6	867	874	874
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 215	1 748	-	7 963	7 963
72	Straßen	4934	1 416	-	6 3 5 0	6 3 5 0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	774	-	-	774	774
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	311	-	311	311
75	Luftfahrt	2	-	-	2	2
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	505	20	-	525	525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	4 181	-	4 191	4 187
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4181	-	4181	4 177
832	Eisenbahnen	-	4 0 9 3	-	4 093	4093
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	88	-	88	84
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	-	-	10	10
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	10	10
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	0	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	0	0	0
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 760	16 005	13 040	36 804	36 324

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7:
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	-11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes	76	0,1	111,2	00,2	07,0		10,3	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90:

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	- 1,6
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 17,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12,
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41,
öffentl. Gesamthaushalts ³	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,
Investive Ausgaben	wird.e	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	- 4,
Veränderung gegenüber Vorjahr									
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11,
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	5,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des									
Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	49,
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	-111,2	-37,1	- 54,5	- 67,9	-84,9	- 86,
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0	·	

 $^{^1\,}Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.$

 $^{^2 \,} Ab \, 1991 \, Gesamt deutschland.$

³ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	777,1
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	750,7
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,3
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Länder ³							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,3
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-6,0
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
			Veränderun	igen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,6
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Länder							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,4
Gemeinden							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	0,9
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	2,8

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2	-1,0	-1,0
darunter:							
Bund	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7	-0,9
Länder	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4	-0,2
Gemeinden	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3	-3,4
darunter:							
Bund	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0	-7,4
Länder	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5	-2,0
Gemeinden	1,8	5,1	5,0	-4,2	-3,8	-0,9	1,0
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,6	26,7	27,5	30,2	28,7	29,8	29,4
darunter:							
Bund	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4	11,6
Länder	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4	11,3
Gemeinden	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1	7,1

¹Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2013.

² Kernhaushalte, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,\}mbox{Kernhaushalte};$ bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,\}text{Kernhaushalte}; bis\,2010\,\text{Rechnungs} ergebnisse; 2011\,\text{und}\,2012; Kassenergebnisse.$

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraufkommen						
			dav	on				
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in	%۱			
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990				
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4			
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7			
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2			
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7			
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4			
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2			
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5			
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7			
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2			
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3			
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1			
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0			
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7			
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9			
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6			
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5			
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3			
		Bundesrepublik	k Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1			
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0			
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8			
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7			
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2			
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8			
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6			
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0			
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1			

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	on	
	ilisgesallit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5
2013 ²	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2
2014 ²	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3
2015 ²	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6
2016 ²	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0
2017 ²	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Oktober 2012.

² Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen (Gesamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzst	atistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation z	um BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,4	23,4	17,0	38 1/2	22 1/2	16

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
		darunt	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,2	27,1	21,1
2010	47,7	27,4	20,3
2011	45,3	25,7	19,6
2012	45,0	25,5	19,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

^{2012:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-		16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds		-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Anteil	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5
			Schu	lden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.\\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld	en		in % des BIP	
					insgesamt				
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schuld insgesamt			in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6 873		0,3	0,3		0,3	0,
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3} Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz}\mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozialver}\mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzur	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-	-
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0
2012	4,2	-12,8	17,0	0,2	-0,5	0,6	-24 1/2	-1

 $^{^{\}rm 1}\,\textsc{Bis}\,1990\,\textsc{fr\"{u}}\textsc{heres}\,\textsc{Bundesgebiet}, ab\,1991\,\textsc{Deutschland}.$

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2013.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden 1

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2

 $^{^{1}}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $\hbox{EU-Kommission, Herbst prognose, November 2012.}\\$

Stand: November 2012.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3

Ouellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011				
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1				
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1				
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4				
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2				
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2				
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2				
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9				
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0				
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2				
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1				
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-				
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-				
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5				
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5				
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8				
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8				
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6				
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3				
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5				
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,2	45,5	45,3
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,1	54,1	54,2	54,3
Estland	_	_	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	41,2	39,5	37,8
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,5	55,3	54,9	55,1
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	56,0	56,3	56,7	56,7
Griechenland	_	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,7	50,7	49,6	48,1
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,7	66,1	48,2	42,6	41,5	39,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	51,0	50,5	50,0
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,8	42,0	44,3	44,2	44,7
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	43,8	43,3	42,5	42,3	42,6	43,2	42,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	49,9	49,9	49,8
Österreich	53,6	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,6	51,6	51,3	50,4
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,2	49,4	46,7	47,5	45,3
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,5	40,0	38,2	37,6	36,7	36,1
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,1	50,3	50,7	48,8	49,7	49,2
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	44,3	42,7	42,3
Zypern	-	_	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,1	46,9	47,1	47,4
Bulgarien	-	_	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	36,4	37,0	37,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	57,8	57,6	57,9	59,6	57,0	56,0
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	44,5	43,7	38,4	36,8	35,6	34,8
Litauen	-	_	34,4	38,9	33,2	37,2	43,7	40,8	37,4	36,8	36,2	35,4
Polen	-	_	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,6	42,8	42,2	41,8
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	37,9	36,1	36,0	35,7
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,4	51,4	50,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	43,6	43,3	42,9
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,9	49,0	49,6
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,6	36,8	43,8	47,7	51,4	50,4	48,5	48,4	47,2	45,7
Euroraum	-	_	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,5	49,4	49,1
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,1	48,8	48,2
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,4	39,9	39,6
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,8	41,4	42,8	43,7	43,9

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹		EU-Haushalt 2012 ²				
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1	
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4	
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0	

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8		
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0		
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2		
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9		

² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2013

						in Mio. €				
			Januar 2012		De	zember 2012	2		Januar 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	18 162	21 151	37 602	283 956	292 462	556 655	17 690	20 893	37 042
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	17878	19 603	37 481	278 101	279 941	558 042	16 760	19846	36 60
111	Steuereinnahmen	16590	16533	33 123	256 086	214 947	471 033	15 401	16 643	32 04
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	207	1 955	2 162	6 631	54 046	60 678	197	2 006	2 203
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	3 134	3 134	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	284	1 548	1831	5 855	12 520	18 376	930	1 047	1 97
121	Veräußerungserlöse	23	303	326	3 773	1 228	5 001	822	23	84
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	0	280	280	3 530	815	4345	812	1	814
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3	931	934	379	6 455	6 834	3	778	78
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	42 651	27 646	68 586	306 775	298 103	585 116	37 510	28 454	64 423
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	40 671	26 012	66 684	269 971	265 554	535 525	35 611	26 907	62 518
211	Personalausgaben	2 999	11 720	14718	28 046	107 131	135 178	3 132	11915	15 04 ⁻
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	943	3 501	4 444	7 988	30 997	38 985	971	3 622	4 593
212	Laufender Sachaufwand	1 795	2 123	3 9 1 8	22 361	26 639	49 000	1 210	2315	3 52
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	663	1 407	2 070	11 404	17311	28 716	678	1 481	2 15
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 750	3 073	15824	30 487	18 564	49 051	10 838	2 844	13 68
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	977	4343	5 3 2 1	17 090	64 188	81 278	873	4 695	5 56
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	105	105	-	- 121	-121	-	- 29	- 2
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1	3 772	3 773	8	59 255	59 263	0	4273	4 27
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 980	1 634	3 614	36 804	32 549	69 353	1 899	1 547	3 44
221	Sachinvestitionen	211	195	406	7 760	6 584	14343	231	214	44
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	677	483	1 160	5 790	10 144	15 934	630	448	1 07
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 923	1 631	3 554	36 324	32 125	68 449	1816	1 544	3 36

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2013

						in Mio. €				
			Januar 2012		De	zember 2012	2		Januar 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-24 484 ²	-6 495	-30 979	-22 774 ²	-5 642	-28 415	-19 803 ²	-7 561	-27 364
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	23 614	12 076	35 690	250 914	84 343	335 257	19 739	9 082	28 820
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	23 364	16 030	39 394	228 434	85 383	313 817	22 960	13 631	36 591
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	250	-3 955	-3 705	22 480	-1 040	21 440	-3 222	-4 549	-7 771
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	5 161	3 807	8 968	-17 665	5 159	-12 506	3 486	3 869	7 354
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14512	14512	-	15 937	15 937	-	15 004	15 004
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-5 158	-2 647	-7 805	17 875	-5967	11908,3	-3 485	-4 575	-8 060

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2013

						in Mio. €				
			Februar 2012		J	anuar 2013			Februar 2013	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	35 423	44 635	77 198	17 690	20 893	37 042	35 678	45 094	78 078
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	35 045	42 639	77 683	16 760	19846	36 606	34 638	43 236	77 874
111	Steuereinnahmen	32 614	33 974	66 587	15 401	16 643	32 044	32 436	34 093	66 528
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	418	6 581	6 999	197	2 006	2 203	159	6815	6 974
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	378	1 997	2375	930	1 047	1 977	1 040	1 858	2 898
121	Veräußerungserlöse	38	383	421	822	23	845	840	49	889
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	0	304	304	812	1	814	812	9	82
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	10	1 204	1 214	3	778	781	31	1 399	1 42
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	62 345	49 553	109 039	37 510	28 454	64 423	59 487	50 032	106 824
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	59 326	46 624	105 950	35 611	26 907	62 518	56 662	47 221	103 882
211	Personalausgaben	5 3 6 3	20 323	25 686	3 132	11915	15 047	5 507	20 726	26 23
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 622	5 973	7 596	971	3 622	4 593	1 678	6210	7 88
212	Laufender Sachaufwand	3 065	4167	7 2 3 1	1210	2 3 1 5	3 525	2 639	4 292	6 93
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 469	2 682	4 151	678	1 481	2 159	1 613	2 755	436
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	11 931	5 181	17112	10838	2 844	13 682	11 703	4761	16 46
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2331	8 421	10753	873	4 695	5 568	2 174	8 557	10 73
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	113	113		- 29	- 29	-	4	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	7 706	7 708	1	4273	4274	1	7 822	7 82
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 019	2 930	5 949	1 899	1 547	3 446	2 825	2 812	5 63
221	Sachinvestitionen	452	470	922	231	214	445	446	481	92
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	765	823	1 588	630	448	1 079	765	779	1 54
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 913	2 922	5 8 3 5	1816	1 544	3 360	2 731	2 790	5 52

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2013

						in Mio. €					
			Februar 2012		J	anuar 2013		F	ebruar 2013		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-26 907 ²	-4 918	-31 825	-19 803 ²	-7 561	-27 364	-23 786 ²	-4 938	-28 724	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	42 710	15 507	58 217	19 739	9 082	28 820	30734	16 209	46 943	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	32 456	24757	57 213	22 960	13 631	36 591	30 903	24 295	55 198	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	10 254	-9 250	1 004	-3 222	-4 549	-7 771	- 168	-8 087	-8 255	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-3 587	4 5 8 1	994	3 486	3 869	7354	-5 852	4 2 4 4	-1 608	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 092	17 092	-	15 004	15 004	-	15 091	15 091	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	3 588	-899	2 689	-3 485	-4575,3	-8060,4	5 853	-5 451	402	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 761	3 571	741	1 575	472	1 658	3 902	1 034	228
11	Einnahmen der laufenden Rechung	2 639	3 429	693	1 530	408	1 607	3 745	969	224
111	Steuereinnahmen	2 3 1 0	2881	552	1 393	289	1 149	3 357	706	20
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	180	174	60	69	78	144	258	146	1.
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	37	80	-	17	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	122	141	49	46	64	50	157	65	
121	Veräußerungserlöse	-	0	0	1	1	0	2	-	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	94	121	25	44	26	40	139	24	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	3 627	4 302 a	901	1 922	743	2 482	5 850	1 717	36
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	3 501	4140 a	786	1 785	707	2 338	5 3 6 4	1 594	34
211	Personalausgaben	2 163	2 502	308	677	141	837 ²	1 763 ²	789	20
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	715	769	28	220	10	283	616	255	8
212	Laufender Sachaufwand	136	270	44	187	46	142	330	91	1
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	124	223	35	162	41	121	251	81	1
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	448	308 ^a	55	294	41	174	536	189	9
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	277	711	240	396	214	732	1 242	295	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	174	333	-	110	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	99	372	184	274	190	646	1 230	291	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	126	163	115	137	36	144	485	123	1
221	Sachinvestitionen	24	72	1	28	4	9	12	2	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4	12	18	72	11	21	232	32	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	126	163	115	137	36	144	484	123	1

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 866	- 732 b	- 160	- 346	- 271	- 824	-1 948	- 683	- 137
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	86	890	-	1 002	650	515	1 834	1 444	57
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	2 592	2 250 °	150	1 777	26	111	1 717	2 417	332
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 506	-1 360 ^d	- 150	- 775	624	404	117	- 973	- 275
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	- 198	45	-	213	-	1 007	339
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 102	2 650	6	1 176	86	2 198	756	1	392
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 004	-	- 380	54	1 049	1 297	- 754	-1 006	-21

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 114,3 Mio. \in , b -114,3 Mio. \in , c 10,0 Mio. \in , d -10,0 Mio. \in

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 181	588	754	760	1 607	201	506	20 89
11	Einnahmen der laufenden Rechung	1 055	566	737	717	1 495	191	487	1984
111	Steuereinnahmen	827	436	648	538	919	114	323	16 64
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	139	112	48	106	384	50	48	2 00
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	61	46	-	45	323	33	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	126	22	17	43	112	9	20	1 04
121	Veräußerungserlöse	-	0	0	0	18	-	0	2
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	1	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	108	22	14	29	65	9	16	77
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 103	711	984	929	1 980	502	983	28 45
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	1 045	688	968	915	1 944	473	958	26 90
211	Personalausgaben	398	194	502	192	882	131	235	11 91
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	28	17	182	15	255	42	107	3 62
212	Laufender Sachaufwand	57	109	24	42	400	82	344	2 31
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	49	28	22	32	160	29	114	1 48
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	83	96	122	90	163	58	89	2 84
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	352	144	262	431	23	6	6	4 69
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	- 2
2142	Zuweisungen an Gemeinden	284	78	218	396	0	2	2	427
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	58	22	16	15	36	30	24	1 54
221	Sachinvestitionen	13	11	4	9	4	2	20	21
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	21	8	5	0	1	6	1	44
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	58	22	15	15	36	30	24	1 54

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	78	- 122	- 230	- 170	- 373	- 302	- 476	-7 561
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	117	63	184	300	1 442	500	9 082
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	100	- 250	362	36	370	1 032	611	13 63
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 100	367	- 299	148	- 70	410	-111	-4 549
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 349	-	-	156	370	590	3 869
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 509	- 4	-	-	399	494	2 240	15 004
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 381	- 530	218	- 147	-384	- 587	-4 575

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 114,3 Mio. €, b -114,3 Mio. €, c 10,0 Mio. €, d -10,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2013

		D- d		D		in Mio. €	NI and an	Manueliili	Dh L	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 304	7 712 ª	1 647	3 426	1 011	4 067	7 894	2 155	448
11	Einnahmen der laufenden Rechung	5 147	7 465 a	1 583	3 338	936	3 911	7 700	2 067	438
111	Steuereinnahmen	4211	5 409	1 259	2715	667	2 921	6378	1 488	366
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	665	831	208	432	200	584	1 000	400	55
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	75	95	-	42	10
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	157	247	64	89	75	155	195	89	10
121	Veräußerungserlöse	0	0	1	1	1	0	3	0	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	128	157	37	85	31	123	170	39	4
	Bereinigte Ausgaben ¹									
2	für das laufende	5 952	7 631 b	1 745	3 794	1 186	4 424	9 446	2 965	743
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	5 736	7 291 ^b	1 566	3 570	1 084	4218	8 786	2 765	707
211	Personalausgaben	3 385	4044	490	1 356	282	1 662 ²	3519 ²	1 234	312
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 102	1 224	43	451	20	556	1 221	396	124
212	Laufender Sachaufwand	267	521	80	316	71	257	574	163	28
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	246	423	67	268	62	219	430	142	26
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	623	376 b	123	370	79	507	946	289	165
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	667	1 491	611	971	327	1 019	1 690	739	100
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	421	666	-	311	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	235	810	515	646	275	928	1 662	733	99
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	216	341	179	224	102	206	660	200	36
221	Sachinvestitionen	58	143	6	60	16	20	26	4	-
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	32	55	36	97	37	39	280	57	1:
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	216	341	179	224	102	206	655	200	3-

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 647	81 °	- 98	- 368	- 175	- 358	-1 552	- 810	- 29
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	136	930	1 000	1 692	650	995	3 155	1 858	408
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 302	2414 ^d	1810	2 823	526	876	3 234	2 827	55:
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 166	-1 484 ^e	-810	-1 131	124	119	- 80	- 969	- 14
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	-	370	109	1 758	11
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 103	3 545	6	1 175	- 693	2 3 9 5	704	3	44
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 069	-	-1 070	-324	660	1 563	-275	-1 758	1

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne März-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 451,2 Mio. €, b 130,8 Mio. €, c 320,4 Mio. €, d 125,0 Mio. €, e -125,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2013

					in M	io. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
l	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 755	1 309	1 532	1 251	3 659	562	1 757	45 094
1	Einnahmen der laufenden Rechung	2 284	1 263	1 479	1 199	3 544	549	1 728	43 236
11	Steuereinnahmen	1 752	935	1 180	912	2 149	377	1 374	34 093
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	404	284	182	196	1 097	122	155	6815
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	
122	Länderfinanzausgleich ¹	121	91	-	90	799	71	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	471	47	53	52	115	13	29	1 858
121	Veräußerungserlöse	0	1	0	1	33	-	5	49
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	-	1		5	9
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	447	33	34	35	46	11	19	1 399
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 265	1 553	1 704	1 474	3 784	812	1 950	50 032
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	2 113	1 473	1 653	1 421	3 617	762	1 854	47 22
211	Personalausgaben	693	389	781	381	1 430	233	535	20 72
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	45	34	279	29	397	76	214	6 2 1 0
212	Laufender Sachaufwand	123	177	73	83	820	136	605	4 292
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	97	52	63	57	340	55	207	2 75
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	117	165	204	166	332	116	184	476
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	838	446	444	532	45	9	20	8 55
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	4
2142	Zuweisungen an Gemeinden	708	345	397	462	1	3	4	7 82
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	151	80	52	53	167	50	96	2 812
221	Sachinvestitionen	37	18	12	17	17	3	36	48
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	60	45	9	8	2	10	2	779
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	152	80	51	53	154	50	96	2 79

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2013

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen		
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	490	- 244	- 173	- 222	- 125	- 250	- 193	-4 938		
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	497	188	562	690	2 394	1 055	16 209		
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	320	317	937	771	444	2 056	1 086	24 295		
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-320	179	-749	- 209	246	338	-31	-8 087		
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 330	-	152	10	399	-	4 2 4 4		
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 175	61	-	-	435	497	2 236	15 091		
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 530	- 473	62	- 1	- 24	- 224	-5 451		

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne März-Bezüge

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 451,2 Mio. €, b 130,8 Mio. €, c 320,4 Mio. €, d 125,0 Mio. €, e -125,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbsta	ätige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,2	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,3	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+1,1	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,2	+0,2	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,1	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,7	+1,6	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,6	+2,2

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeit nehmerent gelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+4,7	+3,6	151,6	167,2	51,5	45,8	5,7	6,3
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,5	+4,4	144,2	157,0	47,7	42,0	5,8	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,3	+0,5
2012	+1,8	-1,9	+3,7	68,1	69,5	+2,7	+0,6
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,5	-1,4	+3,0	66,3	67,7	+2,1	+0,6

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 16. Januar 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

 Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, im Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_Migration/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-Bundes.html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 794,9	-18,9	0,190	-3,6
2015	2 891,3	2 878,9	-12,3	0,190	-2,3
2016	2 970,6	2 965,5	-5,0	0,190	-1,0
2017	3 054,7	3 054,7	0,0	0,190	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktion	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,2	2,3	19,5	2,3
1981	1 414,3	+2,2	889,5	+6,5	8,9	0,6	5,6	0,6
1982	1 443,0	+2,0	949,1	+6,7	-25,4	-1,8	-16,7	-1,8
1983	1 471,9	+2,0	995,3	+4,9	-32,0	-2,2	-21,6	-2,2
1984	1 502,0	+2,0	1 035,8	+4,1	-21,5	-1,4	-14,8	-1,4
1985	1 533,2	+2,1	1 079,8	+4,2	-18,1	-1,2	-12,8	-1,2
1986	1 567,9	+2,3	1 137,4	+5,3	-18,3	-1,2	-13,3	-1,2
1987	1 604,6	+2,3	1 178,9	+3,6	-33,2	-2,1	-24,4	-2,1
1988	1 644,5	+2,5	1 228,6	+4,2	-14,8	-0,9	-11,1	-0,9
1989	1 690,1	+2,8	1 299,0	+5,7	3,1	0,2	2,4	0,2
1990	1 740,0	+3,0	1 382,9	+6,5	42,1	2,4	33,5	2,4
1991	1 793,1	+3,1	1 469,0	+6,2	80,1	4,5	65,6	4,5
1992	1 847,3	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3
1993	1 895,8	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3
1994	1 935,6	+2,1	1 781,3	+4,6	0,9	0,0	0,9	0,0
1995	1 970,4	+1,8	1 849,8	+3,8	-1,4	-0,1	-1,3	-0,1
1996	2 002,1	+1,6	1 891,5	+2,3	-17,5	-0,9	-16,5	-0,9
1997	2 032,0	+1,5	1 924,8	+1,8	-12,9	-0,6	-12,2	-0,6
1998	2 061,9	+1,5	1 964,7	+2,1	-5,2	-0,3	-5,0	-0,3
1999	2 094,0	+1,6	1 999,1	+1,8	1,2	0,1	1,1	0,1
2000	2 127,5	+1,6	2 017,4	+0,9	31,8	1,5	30,1	1,5
2001	2 160,5	+1,6	2 071,7	+2,7	31,5	1,5	30,2	1,5
2002	2 191,6	+1,4	2 131,7	+2,9	0,6	0,0	0,5	0,0
2003	2 220,1	+1,3	2 183,1	+2,4	-36,2	-1,6	-35,6	-1,6
2004	2 248,2	+1,3	2 234,4	+2,4	-38,9	-1,7	-38,7	-1,7
2005	2 275,8	+1,2	2 275,8	+1,9	-51,4	-2,3	-51,4	-2,3
2006	2 305,3	+1,3	2 3 1 2,5	+1,6	1,4	0,1	1,4	0,1
2007	2 335,3	+1,3	2 380,8	+3,0	46,8	2,0	47,7	2,0
2008	2 363,6	+1,2	2 428,3	+2,0	44,3	1,9	45,5	1,9
2009	2 385,3	+0,9	2 479,4	+2,1	-100,9	-4,2	-104,9	-4,2
2010	2 409,7	+1,0	2 527,9	+2,0	-30,2	-1,3	-31,7	-1,3
2011	2 439,3	+1,2	2 579,7	+2,0	12,2	0,5	12,9	0,5
2012	2 471,5	+1,3	2 648,3	+2,7	-3,1	-0,1	-3,3	-0,1
2013	2 504,1	+1,3	2 731,7	+3,1	-24,9	-1,0	-27,2	-1,0
2014	2 536,6	+1,3	2 813,7	+3,0	-17,0	-0,7	-18,9	-0,7
2015	2 565,6	+1,1	2 891,3	+2,8	-10,9	-0,4	-12,3	-0,4
2016	2 594,6	+1,1	2 970,6	+2,7	-4,4	-0,2	-5,0	-0,2
2017	2 626,2	+1,2	3 054,7	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,1	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,3	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,3	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,6	0,4	0,4
2014	+1,3	0,6	0,3	0,3
2015	+1,1	0,7	0,1	0,4
2016	+1,1	0,7	0,0	0,4
2017	+1,2	0,8	0,1	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1960	689,7		166,7			
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8		
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1		
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9		
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9		
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7		
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7		
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8		
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8		
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1		
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8		
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0		
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0		
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4		
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2		
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8		
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4		
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6		
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7		
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6		
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9		
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9		
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7		
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4		
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0		
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5		
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nomi	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 468,4	+0,7	2 645,0	+2,0
2013	2 479,2	+0,4	2 704,5	+2,3
2014	2 519,5	+1,6	2 794,9	+3,3
2015	2 554,6	+1,4	2 878,9	+3,0
2016	2 590,2	+1,4	2 965,5	+3,0
2017	2 626,2	+1,4	3 054,7	+3,0

 $^{^{1}} Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
960	54 632			59,9	32 275	
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2 65,5	37 772	-0,1 -0,1
1997	63 383	+0,1	65,7		37 716	
1998	63 381	-0,0 +0,1	66,0	66,1	38 148	+1,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,3	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4
2012	63 123	-0,2	69,4	69,6	41 586	+1,0
2013	62 981	-0,2	69,7	69,8	41 602	+0,0
2014	62 739	-0,4	70,0	70,0	41 682	+0,2
2015	62 422	-0,5	70,3	70,3	41 761	+0,2
2016	62 086	-0,5	70,6	70,7	41 840	+0,2
2017	61 815	-0,4	70,9	70,9	41 920	+0,2
2018	61 603	-0,3	71,1	71,1		
2019	61 380	-0,4	71,4	71,4		
2020	61 262	-0,2	71,6	71,6		

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen		
1960			2 165	•	25 095	,	1,4		
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0		
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0	
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,3	
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,!	
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 3 1 9	-2,3	3,1	1,8	
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,	
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,	
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,	
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,2	
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9	
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,0	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,3	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,3	
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,	
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,	
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAIKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 401	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9
2011	1 398	-0,3	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4
2012	1 394	-0,3	1 396	-0,7	37 041	+1,1	5,3	5,8
2013	1 391	-0,2	1 384	-0,9	37 068	+0,1	5,3	5,3
2014	1 389	-0,1	1 387	+0,2	37 130	+0,2	5,1	4,8
2015	1 389	-0,0	1 388	+0,1	37 200	+0,2	4,9	4,5
2016	1 389	+0,0	1 390	+0,1	37 270	+0,2	4,6	4,4
2017	1 390	+0,1	1 391	+0,1	37 340	+0,2	4,4	4,3
2018	1 391	+0,1	1 392	+0,1				
2019	1 393	+0,1	1 393	+0,1				
2020	1 394	+0,1	1 394	+0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{\}rm 2}$ NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	429,5	-2,1	2,4
2013	12 523,8	+1,1	431,6	+0,5	2,4
2014	12 648,3	+1,0	449,5	+4,1	2,6
2015	12 779,8	+1,0	461,9	+2,8	2,6
2016	12 923,2	+1,1	474,7	+2,8	2,6
 2017	13 075,6	+1,2	487,8	+2,8	2,0

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4188
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3674
1987	-7,3662	-7,3524
1988	-7,3450	-7,3361
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3011
1991	-7,2573	-7,2837
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2407
 1995	-7,2238	-7,2296
 1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2100
1998	-7,2001	-7,2008
1999	-7,1966	-7,1915
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1320
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1476	-7,1153
2010	-7,1254	-7,1103
2011	-7,1084	-7,1054
2012	-7,1075	-7,1003
2013	-7,1012	-7,0945
2014	-7,0912	-7,0882
2015	-7,0829	-7,0814
2016	-7,0749	-7,0742
2017	-7,0671	-7,0667

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,2	+1,3	110,3	+1,6	1 373,8	+3,6
2013	109,1	+1,8	112,2	+1,7	1 406,4	+2,4
2014	110,9	+1,7	114,2	+1,8	1 446,8	+2,9
2015	112,7	+1,6	116,2	+1,7	1 485,9	+2,7
2016	114,5	+1,6	118,2	+1,7	1 525,7	+2,7
2017	116,3	+1,6	120,2	+1,7	1 566,6	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	ıgen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1985\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2012.$

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

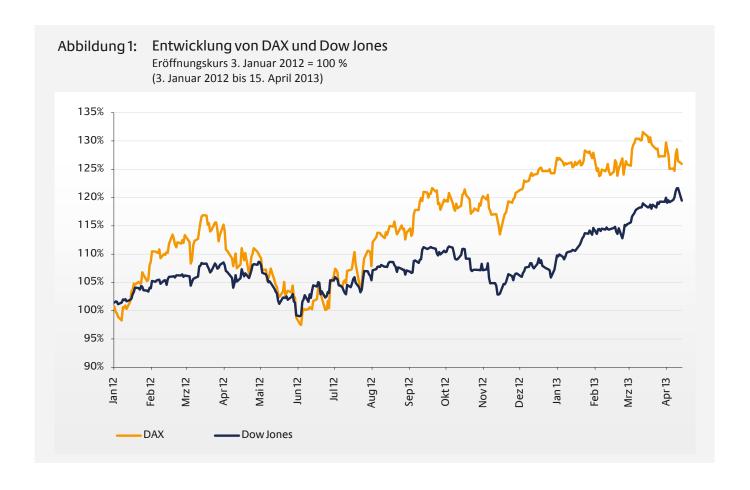
	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,6
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,8
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,:
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,9
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,3
Korea	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,0
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,!
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

	••	
T 47		
	LIDARCICHT WALTTINGH	7 m 2 rvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinan:	ZIIIAIKLE

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.04.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	14 599	13 104	+11,4	12 101	14865
Euro Stoxx 50	2 625	2 636	-0,4	2 069	2 749
Dax	7 713	7 612	+1,3	5 969	8 058
CAC 40	3 710	3 641	+1,9	2 950	3 872
Nikkei	13 276	10395	+27,7	8 296	13 549
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.04.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	1,69	1,77	-	1,39	2,39
Deutschland	1,27	1,32	-0,4	1,14	2,05
Japan	0,65	0,79	-1,0	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	1,74	1,83	+0,1	1,42	2,44
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.04.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,31	1,32	-0,9	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	97,72	86,74	+12,7	76,18	99,77
Yen/Euro	127,83	113,61	+12,5	94,63	130,39
Pfund/Euro	0,85	0,82	+4,0	0,78	0,88



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote		
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Deutschland													
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,5	+2,0	+2,5	+2,1	+1,8	+1,7	5,9	5,5	5,7	5,6	
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6	
IWF	+3,1	+0,9	+0,6	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2	
USA													
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,2	8,9	8,1	7,6	7,0	
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5	
IWF	+1,8	+2,3	+2,0	+3,0	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7	
Japan													
EU-KOM	-0,6	+1,9	+1,0	+1,6	-0,3	-0,1	+0,2	+0,4	4,6	4,3	4,3	4,2	
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3	
IWF	-0,6	+2,0	+1,2	+0,7	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5	
Frankreich													
EU-KOM	+1,7	+0,0	+0,1	+1,2	+2,3	+2,2	+1,6	+1,5	9,6	10,3	10,7	11,0	
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9	
IWF	+1,7	+0,2	+0,3	+0,9	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3	
Italien													
EU-KOM	+0,4	-2,2	-1,0	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,6	12,0	
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8	
IWF	+0,4	-2,1	-1,0	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	+0,9	+0,0	+0,9	+1,9	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	8,0	7,9	8,0	7,8	
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0	
IWF	+0,9	-0,2	+1,0	+1,9	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9	
IWF	+2,6	+2,0	+1,8	+2,3	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1	
Euroraum													
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,3	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1	
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0	
IWF	+1,4	-0,4	-0,2	+1,0	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2	
EZB	+1,5	+0,5	-0,3	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,4	-	-	-	-	
EU-27													
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,1	+1,6	+3,1	+2,6	+2,0	+1,7	9,6	10,5	11,1	11,0	
IWF	+1,6	-0,2	+0,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

 ${\sf OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember\,2012.}$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012. \ Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 23. \ Januar 2013.$

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, December 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum; für 2012 und 2013 Mittelwertberechnung).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,2	+1,5	+3,5	+2,6	+1,6	+1,5	7,2	7,3	7,7	7,7
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,2	12,5	10,0	9,8	9,0
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,1	+0,3	+1,2	+3,3	+3,2	+2,5	+2,2	7,8	7,7	8,0	7,9
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,4	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,7	27,0	25,7
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,8	14,6	14,1
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,5	+1,6	+3,7	+2,9	+1,7	+1,6	4,8	5,0	5,4	5,7
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,6	+1,0	+1,5	+2,0	+2,5	+3,2	+2,2	+2,2	6,5	6,5	6,4	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,9	-0,6	+1,1	+2,5	+2,8	+2,6	+1,4	4,4	5,3	6,3	6,5
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,7	+0,7	+1,9	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,5	4,2
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	-3,2	-1,9	+0,8	+3,6	+2,8	+0,6	+1,2	12,9	15,7	17,3	16,8	
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6	
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3	
Slowakei													
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,1	+2,9	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,0	13,6	
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0	
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8	
Slowenien													
EU-KOM	+0,6	-2,0	-2,0	+0,7	+2,1	+2,8	+2,2	+1,5	8,2	9,0	9,8	10,0	
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8	
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7	
Spanien													
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,4	+1,7	+1,0	21,7	25,0	26,9	26,6	
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8	
IWF	+0,4	-1,4	-1,5	+0,8	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1	
Zypern													
EU-KOM	+0,5	-2,3	-3,5	-1,3	+3,5	+3,1	+1,5	+1,4	7,9	12,1	13,7	14,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012. Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 23. Januar 2013.

Stand: Februar 2013

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP (real) Verbraucherpreise Arbeitslosend							senquote	nquote		
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,4	+2,6	+2,7	11,3	12,2	12,2	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,4	+1,1	+1,7	+2,7	+2,4	+1,5	+1,5	7,6	7,7	8,0	7,9
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+5,3	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,9	+2,2	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,4	+2,9	15,3	13,0	11,4	9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,0	+1,2	+2,2	+3,9	+3,7	+1,8	+2,3	9,6	10,2	10,8	10,9
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,2	+1,6	+2,5	+5,8	+3,4	+4,6	+3,3	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+1,0	+1,3	+2,7	+1,4	+0,9	+1,1	+1,6	7,5	7,7	8,0	7,8
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,1	+0,0	+1,9	+2,1	+3,5	+2,1	+1,6	6,7	7,0	7,6	7,3
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	-0,1	+1,3	+3,9	+5,7	+3,6	+3,3	10,9	10,8	11,1	11,1
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	0,1	-0,2	0,0	80,5	81,6	80,7	78,3	5,6	6,3	6,0	5,6
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,5	-6,6	-5,9	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-3,0	-3,3
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-8,9	-9,1	-9,1	-8,0	-	-	-	-	2,0	1,0	1,0	1,4
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5
Frankreich												
EU-KOM	-5,2	-4,6	-3,7	-3,9	86,0	90,3	93,4	95,0	-2,6	-1,9	-1,6	-1,8
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6
Italien												
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	127,1	128,1	127,1	-3,3	-0,7	0,6	0,8
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,3	-7,4	-6,0	85,2	89,8	95,4	97,9	-1,3	-3,7	-3,1	-2,0
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-4,2	-3,5	-2,8	-2,7	88,1	93,1	95,1	95,2	0,2	1,5	2,2	2,3
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-3,8	-3,4	-3,1	83,1	87,2	89,9	90,3	0,1	0,7	1,4	1,6
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,0	-3,2	97,8	99,8	100,8	101,1	1,0	1,5	2,0	1,9	
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3	
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8	
Estland													
EU-KOM	1,1	-0,5	-0,4	0,2	6,1	10,5	11,8	11,3	0,3	-2,7	-2,3	-1,7	
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2	
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8	
Finnland													
EU-KOM	-0,8	-1,7	-1,5	-1,3	49,0	53,4	56,4	57,6	-1,3	-0,7	-0,7	-1,0	
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7	
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6	
Griechenland													
EU-KOM	-9,4	-6,6	-4,6	-3,5	170,6	161,6	175,6	175,2	-11,7	-7,7	-4,3	-3,3	
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3	
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-7,7	-7,3	-4,2	106,4	117,2	122,2	120,1	1,1	2,1	3,4	4,3	
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4	
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,3	-1,5	-0,9	-1,3	18,3	20,5	22,2	24,1	7,1	6,3	6,7	6,1	
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3	
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0	
Malta													
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,5	70,4	73,1	73,8	73,6	-0,3	1,5	1,2	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	70,8	73,8	75,0	8,3	8,3	8,6	8,9	
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0	
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-3,0	-2,5	-1,8	72,4	74,3	75,2	74,5	1,1	1,7	2,1	2,4	
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5	
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Portugal													
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,9	-2,9	108,0	120,6	123,9	124,7	-7,2	-3,0	-1,4	-1,2	
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6	
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2	
Slowakei													
EU-KOM	-4,9	-4,8	-3,3	-3,4	43,3	52,4	55,1	57,1	-2,5	0,0	0,8	2,0	
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1	
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3	
Slowenien													
EU-KOM	-6,4	-4,4	-5,1	-4,7	46,9	53,7	59,5	63,4	0,1	1,9	3,8	3,3	
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4	
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9	
Spanien													
EU-KOM	-9,4	-10,2	-6,7	-7,2	69,3	88,4	95,8	101,0	-3,7	-1,9	1,0	2,5	
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8	
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7	
Zypern													
EU-KOM	-6,3	-5,5	-4,5	-3,8	71,1	86,5	93,1	97,0	-4,2	-6,0	-1,7	0,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschafts ausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	anzsaldo		
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014		
Bulgarien														
EU-KOM	-2,0	-1,0	-1,3	-1,0	16,3	18,9	17,1	17,3	1,7	-0,7	-1,6	-2,0		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1		
Dänemark														
EU-KOM	-1,8	-4,0	-2,7	-2,8	46,4	45,6	45,9	47,3	5,6	4,8	4,1	4,1		
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9		
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5		
Lettland														
EU-KOM	-3,4	-1,5	-1,1	-0,9	42,2	41,9	44,4	41,5	-2,4	-2,5	-2,8	-3,2		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4		
Litauen														
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	41,1	40,5	40,3	-3,7	-0,9	-1,3	-1,9		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3		
Polen														
EU-KOM	-5,0	-3,5	-3,4	-3,3	56,4	55,8	57,0	57,5	-4,5	-3,6	-2,7	-2,4		
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8		
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7		
Rumänien														
EU-KOM	-5,7	-2,9	-2,4	-2,2	34,7	38,0	38,1	38,0	-4,5	-3,8	-4,0	-3,9		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9		
Schweden														
EU-KOM	0,3	-0,2	-0,9	-0,2	38,4	37,7	37,3	35,5	7,3	7,2	7,3	7,6		
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9		
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6		
Tschechien														
EU-KOM	-3,3	-5,2	-3,1	-3,0	40,8	45,5	48,0	49,5	-3,9	-2,9	-2,7	-2,7		
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9		
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0		
Ungarn														
EU-KOM	4,3	-2,4	-3,4	-3,4	81,4	78,6	78,7	77,7	1,0	2,3	3,3	3,6		
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4		
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7		

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter
www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, April 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X